# politicum

Josef Krainer Haus Schriften

Wer vertritt Europas Bauern? Landakademie 91

50a

### politicum

Josef-Krainer-Haus-Schriften



Noch ark	ältliche Nummern:
Heft 41	"Demokratie und Kontrolle"
Heft 42a	"Vom Patriarchat zur Partnerschaft"
Heft 43	"Bewußter Leben"
Heft 44	"Frauenbild und Männerwelt im
	Umbruch''
Heft 45	"Leben in der Gemeinde"
Heft 46	"Wissenschaft und Forschung"
Heft 47	"Pop und Politik"
Heft 48	"Grenzland — Hoffnungsland"
Heft 49	"Die Medizin braucht neues Denken"
Heft 50	"Die Zukunft Mitteleuropas"

Bildungszentrum der ÖVP Steiermark

Medieninhaber: ÖVP Steiermark

Ständige Redaktion:

Herwig Hösele, Ludwig Kapfer,

Dr. Manfred Prisching

Hersteller: Klampfer Ges.m.b.H., 8160 Weiz

Für den Vertrieb verantwortlich:

Helmut Wolf

Bestellungen an Josef-Krainer-Haus Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

#### Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates

Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER Ass.-Prof. Dr. Wolfgang BENEDEK Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER Univ.-Prof. Dr. Anton GRABNER HAIDER

Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL

Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER

Univ.-Prof. Dr. Reinhard RACK Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN

Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPFER

Univ.-Prof. DDr. Wilfried SKREINER Univ.-Prof. DDr. Ota WEINBERGER

Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang ZACH

Inhalt und Autoren:

Erich Pöltl Die Zukunft selbst bestimmen	1
Der Bauer einst und jetzt - Historischer Festzug in Graz	2
Josef Krainer Grußworte	4
Sixtus Lanner Europas Bauern und ihre Vertretung	
Die Organisation der EG	7
Sozialpartnerschaft in Österreich	8
Lorenz Bösch Die eidgenössische Landwirtschaft — ein europäischer Einzelfall?	14
Berthold Pohl Der italienische Bauer und seine Verbände	17
Wer vertritt Europas Bauern? Wer vertritt die steirischen Bauern?	19
Cornelius Floris Erfolg durch Einigkeit am Beispiel der Niederlande	24
Johann Danos: Ein Reisender für die Freiheit	26
Franz Fischler Österreichs Bauern und ihre Rolle in Europa	27
Max Zurek Eine einige europäische Bauernschaft — mehr als nur ein Traum?	30
Podiumsdiskussion Die Landwirtschaft im Spiegel der Medien	35
Max Mayr Gute Ideen für unser Land	37
Alois Puntigam Die Türen aufstoßen	40
Autoren dieser Nummer	41

#### Erich Pöltl:

"Die Zukunft stellt uns vor große Aufgaben"



Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressegesetzes: "politicum" versteht sich als Plattform der Diskussion im Geiste jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzipien, wie sie im "Modell Steiermark" vorgegeben sind.

# DIE ZUKUNFT SELBST BESTIMMEN

er vertritt Europas Bauern derzeit und in Zukunft? Eines scheint sicher: Die Grenzen werden offener. Die bisherigen unterschiedlichen ideologischen und gesellschaftlichen Systeme prallen aufeinander.

In- und ausländische Agrarexperten sprechen bei einem Blick in die 90er Jahre von der größten Herausforderung der europäischen Landwirtschaft seit 1945. In ganz Westeuropa, insbesondere aber auch in den Alpenregionen, geht es darum, die bäuerliche Landwirtschaft gegen die industrielle Entwicklung zu verteidigen.

Im Osten ist die Frage, ob es wiederum gelingt, eine private bäuerliche Landbewirtschaftung aufzubauen.

Österreichs Hauptsorgen liegen im GATT (Internationales Zoll- und Handelsabkommen), beim EG-Beitritt, im offenen Osten, in der Umweltfrage, in der Anpassung der Produktion an den Markt sowie in der Einkommenssicherung und Kostensenkung.

Trotz dieser gewaltigen Aufgaben gibt es in unserem Land parteipolitische Kräfte, die die gesetzliche Interessenvertretung der Bauern beseitigen wollen. Sie fordern die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft, was einer Auflösung der Kammer gleichkommt. Die Folgewirkungen wären unabsehbar

In einer solchen Zeit sind einige grundsätzliche Überlegungen notwendig, Machen wir dazu einen kurzen Blick in die Geschichte.

Der Stubenberger Kaplan und spätere Gründer des Volksbildungswerkes St. Martin, Prälat Dr. h. c. Josef Steinberger, sagte bei einer Jahreshauptversammlung der k. u.k. Landwirtschaftsgesellschaften Anfang der 20er Jahre unter anderem:

"Hätte unsere Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit die Zeit vollständig erfaßt, dann müßte die gesamte Landwirtschaft bis zum letzten Mann eine eherne Armee darstellen, wohlgeschult unter tüchtigen Führern, und so in den Kampf ziehen für ihre Rechte. ... Alle müssen sie her, dann erst kann es vorwärts gehen..."

Übrigens: Peter Rosegger sprach sich ebenso für eine solidarische Bauernschaft aus.

Dieser leidenschaftliche Appell in einer Zeit der bäuerlichen Not wurde gehört. Im Jahre 1929 wurde in der Steiermark eine gesetzliche Interessenvertretung für die gesamte Land- und Forstwirtschaft gegründet: die Landeskammer für Landund Forstwirtschaft in Steiermark. Sie wurde 1938 aufgelöst und 1945 wieder errichtet.



#### Vielfältige Aufgaben

Die große Leistung der Kammer lag zunächst im Wiederaufbau und in der Ernährungssicherung. Später war es die Hauptaufgabe der Kammer, den tiefgreifenden Strukturwandel einigermaßen erträglich zu gestalten.

Heute bietet die Kammer ein umfassendes Service von der Rechts-, Sozial- und Steuerberatung über die Förderung der gesamten Tierzucht, die Organisation der Märkte bis zur Betreuung in allen Sparten des Pflanzenbaues.

Mitarbeiter der Kammer trugen wesentlich dazu bei, daß die Steiermark im Obst- und Weinbau einen internationalen Standard hat. Der integrierte Pflanzenschutz, Energiesparmaßnahmen, die Förderung der Bioenergie und eine Neuorientierung im Ackerbau runden das Arbeitsprogramm ab. Neue Kulturen wie Flachs, Soja, Raps, Bohne und anderes mehr bereichern inzwischen das Land. Umfassende Hilfe und Unterstützung gibt es aber auch für die gesamte Bauernfamilie, in der Hauswirtschaft, der Weiterbildung bis zur Direktvermarktung. Alles in allem erledigt die Kammer für Land- und Forstwirtschaft jährlich etwa 300.000 Anliegen und Förderungsfälle.

#### Neue Aufgaben

Trotz allem stehen wir — wie eingangs dargelegt — vor neuen Aufgaben. Bei dieser Vielfalt der Aufgaben ist es unverantwortbar, daß aus parteipolitischen Motiven die bäuerliche Interessenvertretung, Beratungs- und Förderungseinrichtung dauernd in Frage gestellt werden.

### Urabstimmung gefordert – wir machen sie

Ich habe mich daher entschlossen, eine Urabstimmung am Ende des Winters durchzuführen. Dabei geht es darum, ob es auch in Hinkunft eine gesetzliche Interessenvertretung für alle Bauern und Grundbesitzer gibt. Die Meinung "Kammer ja — Pflichtmitgliedschaft nein" ist nicht möglich. Ohne Pflichtmitgliedschaft gibt es in Hinkunft keine Kammer, keine generelle Bauernvertretung mit all dem umfassenden Service. Die Nachfolge wären wahrscheinlich zerstrittene Bauernvereine, eine Verstaatlichung der Förderung und damit auch der Bauern.

#### 17. März 1991

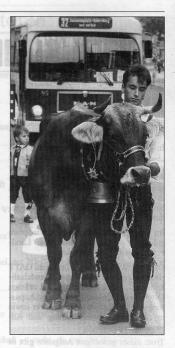
Somit ist der 17. März der Tag der Kammerwahlen und der Urabstimmung und für alle steirischen Bäuerinnen und Bauern sowie für mich ein wichtiger Tag. Wir Bauern sind nur mehr knappe acht Prozent der Bevölkerung und können uns keine Zersplitterung leisten. Nur eine einige Landwirtschaftskammer, bei der alle Bauern Mitglieder sind, kann die gesamte Bauernschaft zusammenhalten. Wie soll sonst in Zukunft der immer wichtigere Interessenausgleich zwischen Klein- und Großbauern, zwischen Voll- und Nebenerwerbsbauern und den einzelnen Sparten zu erreichen sein? Wenn Lobbies mit ihrem Geld anschaffen, ist es mit einem Bauernstand aus und vorbei. Doch zuvor können wir über unsere Zukunft nochmals selbst entscheiden.

Erich Pöltl ist seit August 1989 Präsident der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft und seit April 1990 Obmann des Steirischen Bauernhundes







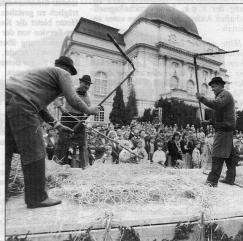


# Historischer Festzug in Graz

Mehr als 100.000 Menschen umsäumten am Sonntag, 23. September 1990, in Graz den Festzug oder nahmen an dem Stadt-Land-Fest mit der Spezialitätenstraße teil. Der vom Steirischen Bauernbund veranstaltete Umzug war eine großartige Demonstration bäuerlicher Geschichte, der heutigen Leistungen in Ernährung und Wohlfahrt sowie der Bemühungen um eine ökologisch orientierte Agrarproduktion.

Mehr als 80 Wägen und Gruppen zogen vom Grazer Andreas-Hofer-Platz zur Katholikentagswiese. Es war eine Demonstration für die notwendige Brücke zwischen Stadt und Land, für den Respekt gegenseitiger Leistungen und eine gemeinsame Zukunft. Thematisch gegliedert war der Zug in Geschichte, Grünland und Vieh, frisch vom Bauerhof, gesunder Boden, reiche Ernte, unsere Almen, Bauerngarten und Kräuterfeld, frisch — saftig — steirisch, duftig — fruchtig — steirisch, Waldland, vom Pferd bis zu den Bienen sowie Alternativen. Es war ein gelungenes Fest. Die Bauern eroberten die Herzen der Grazer!







# Der Steirische Bauernbund vereinte Stadt und Land



### **GRUSSWORTE**

ie schon in den vergangenen Jahren in sehr eindrucksvoller Weise die agrarpolitischen Tage, so soll die nunmehrige Landakademie einerseits das Motto "global denken — lokal handeln" realisieren und andererseits durch die Qualität der Referenten erstklassige geistige Kost verabreichen sowie zum Austausch bringen.

#### Position festigen

Der bäuerliche Berufsstand, der im Laufe des Strukturwandels in eine zunehmende Minderheitensituation geraten ist, kann seine Position in der heutigen Gesellschaft — einer Massen- und Informationsgesellschaft — nur dann einigerma-Ben halten, wenn er

erstens diese Position auch an die Gesellschaft heranträgt und

zweitens um Verständnis für seine eigenen Probleme wirbt.

Es geht um Standfestigkeit, aber auch Offenheit und Bereitschaft, an jeder Diskussion mit der eigenen Position, mit der eigenen Überzeugung teilzunehmen. Diese kann in einer Bildungsgesellschaft nur dann ernstgenommen werden, wenn sie auch hieb- und stichfest im besten Sinne des Wortes ist.

Erfreulicherweise sind in den EG- und GATT-Verhandlungen die österreichischen Bauernvertretungen mit Klugheit und Entschiedenheit aufgetreten. Dieses neue Team an der Spitze der österreichischen Bauernvertretung mit Georg Schwarzenberger einerseits und Rudolf Schwarzeböck andererseits, mit Willi Molterer und unseren Freunden Strassberger, Farnleitner und Strasser repräsentiert in mehrfacher Hinsicht sehr Kompetentes: einerseits im Hinblick auf die Konzeption und andererseits auf die politische Kraft.

#### **Unsere Themen**

Bei dieser Landakademie geht es u. a. um die Devise "Erfolg durch Einigkeit nach dem Beispiel der Niederlande" oder um "die eidgenössische Landwirtschaft ein europäischer Einzelfall?". In der Diskussion mit den Sozialpartnern wird diesen deutlich gemacht werden müssen, wie die Bauernvertretung - eine Berufsgruppe, die in diesem "Spiel" die kleinste repräsentiert - sehr erfolgreich zu agieren vermag. Dies ist deshalb anzusprechen, weil naturgemäß in Zeiten politischer Demagogie, vielfach sachliche Entscheidungskriterien sowohl in der Beurteilung der Qualität als auch in der Führung unserer Bauern von der Konzeption und von der politischen Durchsetzungsfähigkeit her nicht stimmen.

In diesem Zusammenhang kann sich das, was die steirische Bauernvertretung mit Erich Pöltl, Kammeramtsdirektor Heinz



Kopetz und einem erstklassigen Agrarreferenten in unserer Regierung — Hermann Schaller — aber auch mit verläßlichen Repräsentanten der ländlichen Genossenschaften darstellt, sehen lassen. Sehen lassen können sich auch die zahlreichen Jugendorganisationen und das großartige Bildungsangebot der Landeskammer. Als Landeshauptmann kann man auf diese Männer und Frauen sehr stolz sein. Und gerade die Arbeit der Landfrauen von Johanna Bayer, Emma Kaltenegger bis herauf zu Grete Pirchegger und ihren Mitstreiterinnen ist sehr hoch einzustufen.

Abschließend bleibt noch darauf hinzu-

#### Offensiv sein

weisen, daß Wert auf die notwendige Sensibilität einer Bauernvertretung gegenüber den eigenen Bauern und gegenüber den anderen Kräften der Gesellschaft gelegt wird. Präsident Pöltl hat mit dem Beschluß, die Kammerwahlen mit einer Urabstimmung über die Pflichtmitgliedschaft zu junktimieren und sie am selben Tag durchzuführen, demonstriert, was es heißt, offensiv politisch tätig zu sein. Dazu gehören auch die Bildungsbereiche und die internationalen Beziehungen. Es geht um die plebiszitäre Legitimation im eigenen Land, um die Gewißheit, von den Bauern und Bäuerinnen des Landes als Institution wirklich getragen zu werden. Beim Stadt-Land-Fest im vergangenen Sommer wurden die steirischen Bauern in einer geradezu enthusiastischen Weise von den Städtern aufgenommen. Eine Präsentation des Bauern in der Gegenwart, der Vergangenheit und Zukunft

brachte hunderttausend Leute auf die Straße, die nicht nur Unterhaltung suchten, sondern auch zu Diskussionen bereit waren. Mit größter Selbstverständlichkeit und aller Sympathie gaben sie den Bauern des Landes das Feedback: "Jawohl, ihr seid ein Teil von uns, wir gehören zusammen."

Es besteht kein Zweifel darüber, daß der ehemalige Bauernbunddirektor Sixtus Lanner und ich Anfang der 70er Jahre mit dem Gedanken der Öffnung des ländlichen Raumes weit voraus gedacht haben. Wir haben gemeinsam mit den großen Bauernführern dieses Landes die Voraussetzungen für ein neues Bewußtsein geschaffen.

Kritik ist ganz wichtig; doch wenn man so durch das Land fährt und mit den Menschen spricht, ist viel unberechtigte Kritik zu hören. Viele von ihnen sind nicht bereit, auch eine Spur eigener innerer Aufrichtigkeit einzubringen; — bei allen Problemen und Auseinandersetzungen, die es selbstverständlich bei einem solchen Anpassungsprozeß gibt.

Es ist daher wohltuend, daß bei der Landakademie kein solcher Geist — sondern im Gegenteil — ein offensiver Geist in Richtung Europa herrscht. Und diesen Blick über unsere Grenzen in den Osten und Südosten Europas können wir als eine echte Vision Österreichs und der Steiermark bezeichnen.

So können wir miteinander voller Zuversicht sein, daß trotz der vielen Gefahren in diesen Tagen und Monaten die Zukunft zu bewältigen ist.

Landeshauptmann Dr. Josef Krainer erweist sich immer wieder als Freund der Bauernschaft.

## **EUROPAS BAUERN UND IHRE VERTRETUNG**

#### 1. Welches Europa meinen wir?

Das Europa der Zwölf?

Ein Europa mit den Alpenländern und den nordischen Staaten?

Ein Europa vom Atlantik bis zum Ural? Unterschiedliche Strukturen führen auch zu einer unterschiedlichen Interessenlage. Das Beispiel EG:

Agrarstruktur im internationalen Vergleich (siehe untenstehende Grafik).

#### 2. Wer vertritt Europas Bauern auf internationaler Ebene?

- · Die jeweilige Regierung
- Die Parlamentarier im Rahmen von Europarat und Europaparlament
- Der Internationale Verband landwirtschaftlicher Produzenten (IFAP), eine weltweite Organisation (seit 1946).
- · Der Verband der europäischen Landwirtschaft (CEA). Die CEA verfolgt vor allem langfristige Ziele, wobei es ihr besonders um die Stärkung des bäuerlichen Familienbetriebes geht.
- Die b\u00e4uerliche Berufsvertretung f\u00fcr die Mitgliedstaaten der EG (COPA). Ihre Tätigkeit ist vor allem auf die aktuellen Tagesfragen konzentriert.

#### 3. Ist diese Vertretung ausreichend?

· Das "Neue Europa" hat keine gemeinsame bäuerliche Berufsvertretung.



NRAbg. Dr. Sixtus Lanner ist Präsident der Agrarkommission des Europarates.

#### DER EUROPARAT

Diese Vereinigung europäischer Staaten wurde 1949 in London gegründet; Österreich trat im Jahre 1956 bei. Der Europarat bezweckt eine engere Verbindung der Mitgliedsstaaten sowie die Verwirklichung des sozialen und wirtschaftlichen Fortschrittes und die Bewahrung gemeinsamer Ideale und Prinzipien. Der Europarat hat seinen Sitz in Straßburg. Von besonderer Bedeutung ist die im Jahre 1953 in Kraft getretene Konvention zum Schutz der Menschenrechte und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg.

- Traditionelle Berufsverbände wie etwa die CEA nützen ihre Möglichkeiten zu
  - Wo war die CEA bei den GATT-Verhandlungen?
- · Der Europarat hat den Vorteil, daß seine Mitglieder in nationalen Parlamenten sitzen (Stimmung beeinflussen!). Sein Nachteil ist, daß er keine rechtsverbindlichen Beschlüsse fassen kann.
- · Das Europäische Parlament hat zwar in bestimmten Fragen ein Mitwirkungsrecht. Seine Mitglieder haben aber keine Verankerung in den nationalen Parlamenten.
- Der Berufsverband der COPA kann von der EG, muß aber nicht gehört werden. (Hier besteht ein wesentlicher Unterschied zum Mitwirkungsrecht der Kammern in Österreich!)

#### Schlußfolgerung:

Um eine möglichst gute Vertretung der bäuerlichen Anliegen in Europa zu erreichen ist es notwendig, die vorhandenen Kräfte besser zu bündeln. Ein Beispiel dafür war die gemeinsame Initiative gegenüber dem GATT (Igls 1990!). Unter Mitwirkung von Regierung, Parlament und Berufsvertretung.

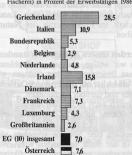
Entscheidend ist aber auch, die Mitwirkungsmöglichkeiten im Vorfeld der Ent-

scheidungen zu verbessern.

### Agrarstruktur im internationalen Vergleich



Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft (einschl Fischerei) in Prozent der Erwerbstätigen 1986

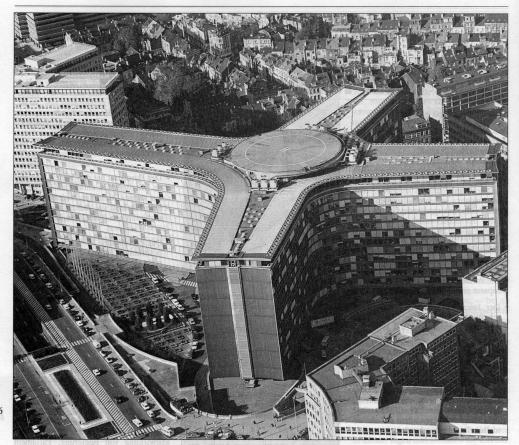




Durchschnittliche landwirtschaftliche Betriebsgrößen in Hektar 1985



Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn; Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1987.



Im Berlaymont-Gebäude in Brüssel ist der Sitz der Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

#### 4. Klare Ziele setzen

Die Agrarpolitik braucht eine klare gesellschaftspolitische Ausrichtung, die den gesamten ländlichen Raum berücksichtigt. Dabei kommt es wesentlich darauf an, die wirtschaftliche, kulturelle und staatspolitische Aufgabe einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft deutlich zu machen.

Trifft eine Gesellschaft die Entscheidung für eine bäuerlich strukturierte Landwirtschaft, muß sie auch bereit sein, die Existenz dieser Betriebe zu sichern.

Man muß kein Prophet sein, um vorauszusagen, daß die rücksichtslose Ausbeutung der Natur über kurz oder lang in einer Umweltsackgasse enden wird.

Dennoch erleben wir weltweit einen Richtungsstreit über die künftige Form der Agrarpolitik: Viele suchen nach wie vor das Heil in einer industrialisierten Landwirtschaft mit Massentierhaltung und Monokultur. Doch immer mehr Menschen gelangen zu der Einsicht, daß die bäuerliche Landbewirtschaftung der bessere Weg sei.

Die Massenproduktion wird zunehmend

mit Umweltauflagen rechnen müssen. Dadurch steigen die Kosten. Auch der Gegenwind kritischer Konsumenten hinsichtlich der Nahrungsmittel wird deutlich stärker werden. Der Konsument will wissen, woher ein Produkt kommt, unter welchen Bedingungen es erzeugt wurde, wie die Verarbeitung erfolgt, ob Zusatzstoffe beigefügt wurden oder welche Garantien für "unverfälschte Nahrungmittel" angeboten werden.

Auf lange Sicht werden wir nur dann erfolgreich sein, wenn wir wieder "Landwirtschaft im Einklang mit der Natur" betreiben.

#### 5. Werden unsere Anliegen verstanden?

Wenn wir wollen, daß unsere Probleme stärkere Beachtung finden, müssen wir mehr als bisher auf die Probleme anderer horchen und darüber nachdenken. "So ist es nämlich auch nicht, daß nur die Bauern Probleme haben." (Zitat eines Jungbauern!)

Wir sollten eine Sprache sprechen, die auch in der Stadt verstanden wird. Wer versteht schon, was wir mit dem "fiktiven Einheitswert" meinen?

Wir sollten trachten, neue Freunde zu gewinnen. Viele einflußreiche Persönlichkeiten wohnen im ländlichen Raum (Künstler, Spitzensportler, Unternehmer, etc.). Ein "neues Verhältnis zu den Zweitwohnsiedlern" könnte ein Ansatz dazu sein.

#### Resümee

Europa ist mehr als ein wirtschaftlicher Zweckverband. Was Europa heute ausmacht, ist seine Vielfalt im kulturellen Bereich, in seinen Regionen und in seiner ökonomischen Tradition. Diese Vielfalt gilt es zu stärken. Wir müssen der Bevölkerung klar machen, daß die Sicherung einer bäuerlich geprägten Landwirtschaft ein wichtiges gesellschaftspolitisches Anliegen ist und daß mit dem Verlust der bäuerlichen Landwirtschaft auch ein Teil des kulturellen Erbes verlorenginge.

Wir brauchen keinen weltumspannenden Einheitsbrei, sondern Lösungen, welche auf regionale Gegebenheiten Rücksicht nehmen und der bäuerlichen Landwirtschaft eine Chance geben!

### DIE ORGANISATION DER EG

n Brüssel, Straßburg und Luxemburg sitzt der riesige Apparat der Europäischen Gemeinschaft, der die europäische Politik im Namen der Mitgliedsstaaten verwaltet, vertritt und — mitunter auch gegen deren Willen — vorwärts bringt.

#### Der Europäische Rat

Der Europäische Rat ist das jüngste Kind der Gemeinschaft. Er besteht aus den Staats- und Regierungschefs der EG-Länder, der Präsident der EG-Kommission gehört mit zur Runde. Gemeinsam erlassen die Chefs der Mitgliedsstaaten bei ihren Treffen zwei Mal pro Jahr die allgemeinen politischen Leitlinien für das europäische Einigungswerk.

#### **Die Kommission**

Die Kommission ist ein überstaatliches Organ und vertritt die Interessen der Gemeinschaft. Dementsprechend sollen ihre 17 Mitglieder unabhängig von ihrer Nationalität handeln, also nicht als Deutsche oder Engländer, sondern — eben als Europäer. Alle vier Jahre werden sie von den Regierungen ernannt, sind aber dennoch nicht an nationale Weisungen gebunden.

Die Kommission steht einer großen Behörde mit etwa 11.000 Beamten vor und soll nach dem Willen der EG-Gründer der Hauptmotor der europäischen Einigung sein.

Die Kommission hat ihren Sitz in Brüssel.

Für folgende Aufgaben ist die Kommission verantwortlich:

- Sie arbeitet Vorschläge zur Verwirklichung der Einigung aus und nimmt am Entscheidungsprozeβ aktiv teil.
- Sie führt Entscheidungen aus und beaufsichtigt die Routinegeschäfte der EG.
- Sie wacht darüber, daß die Bestimmungen korrekt eingehalten werden und geht Rechtsbrüchen nach.
- So gesehen war und ist die Kommission manchmal durchaus unbequem für die nationalen Regierungen.

#### Der Ministerrat

Der Ministerrat, zuweilen einfach Rat genannt, setzt sich aus den Vertretern der zwölf nationalen Regierungen zusammen. Je nachdem, was gerade zur Debatte steht, sind das z. B. in Landwirtschaftsfragen die Landwirtschaftsminister, bei Fragen der Sozialpolitik die Arbeitsminister usw. Der Ministerrat ist das gesetzgebende Organ der EG. Seine Beschlüsse verpflichten die Gesetzgeber der EG-Staaten, sie in nationales Recht umzusetzen.

Tagungsort des Ministerrates ist Brüssel.

#### Das Europäische Parlament

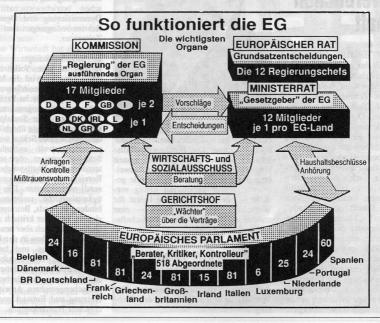
Das Europäische Parlament (EP) besteht seit dem 1. Januar 1986 aus 518 Mitgliedern. 434 davon waren im Juni 1984 von den Bürgern der damals zehn Mitgliedsstaaten gewählt worden. Nach der EG-Erweiterung 1987 kamen 60 spanische und 24 portugiesische Abgeordnete hinzu. Das Europaparlament tagt in Straßburg und Brüssel.

Anfangs hatte das Parlament nur eine beratende Funktion, im Laufe der Jahre hat es sich aber immer mehr Mitwirkungsrechte erstritten. So müssen seit 1975 bei Gesetzesvorhaben von größerem finanziellen Gewicht die Meinung von Rat und Parlament aufeinander abgestimmt sein. Dies gilt besonders bei Fragen, die den EG-Haushalt betreffen, den das Parlament aus schwerwiegenden Gründen ablehnen kann. Davon wurde z. B. 1980 und 1985 Gebrauch gemacht. Und wenn das Parlament einen Vorschlag des Rates oder der Kommission abändern will, kann es dies mit Hilfe der absoluten Mehrheit der Abgeordneten ebenfalls tun.

Seit 1985 kann der Rat nichts mehr entscheiden, ohne das Parlament gehört zu haben, auch wenn er sich die Vorstellungen des Parlaments nicht zueigen macht. Als demokratische Kontrollinstanz kann das Europäische Parlament die Kommissin durch ein Mißtrauensvotum geschlossen zum Rücktritt zwingen, nicht aber den Ministerrat.

#### Der Europäische Gerichtshof

Dieser besteht aus 13 Richtern, die von den Regierungen in gegenseitigem Einvernehmen auf 6 Jahre ernannt werden. Er sichert die Wahrung des Rechts bei Anwendung der Verträge und hat seinen Sitz in Luxemburg.



Sie wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich freiwillig zwischen den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer, Unternehmer und Bauern vereinbart und funktioniert vielleicht gerade deshalb immer noch recht gut, weil ihr eine gesetzliche Grundlage fehlt. Sie spielt auch heute noch eine über die Parteien hinausgehende wichtige Rolle und wird manchmal kritisch auch als Nebenregierung bezeichnet. Lohnabschlüsse, Export- und Importregelungen sowie viele Bereiche unserer Marktordnungen werden in der Sozialpartnerschaft beraten und, soweit ein Gesetzesbeschluß notwendig ist, in eine entsprechende Vorlage gegossen. Auch die niedrige Streikquote in Österreich ist sicher ein Produkt dieser Sozialpartnerschaft. Interessenskonflikte werden bei uns kaum auf der Straße, sondern am Verhandlungstisch dieser Einrichtung ausgetragen.

In der Sozialpartnerschaft sind vertreten:

- für Arbeitnehmer der Österreichische Arbeiterkammertag.
- verstärkt durch den Österreichischen Gewerkschaftsbund, wobei letzterer dominiert
- für Handel, Gewerbe und Industrie die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
- für die Bauern die **Präsidentenkonferenz** der Österreichischen Landwirtschaftskammern

### Johann Farnleitner

### Aus der Sicht der **Bundeskammer** der gewerblichen Wirtschaft

Über Jahrzehnte hinweg erhielt die Sozialpartnerschaft, definiert als konsensorientierte Politik der großen Interessenvertretungen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, im Inland wie im Ausland überwiegend positive Zensuren. Sie wurde sogar als der "2. Blutkreislauf" der Republik bezeichnet. Die im Vergleich zu anderen entwickelten Volkswirtschaften zufriedenstellender gelungene Sicherung von Stabilität, Vollbeschäftigung und sozialem Frieden bestätigt nach wie vor den Wert dieser Zusammenarbeit bei der Lösung bestimmter Sachprobleme. Allerdings hat in den letzten Jahren die Kritik stark zugenommen, Beurteilungen, wie beispielsweise "Kartell der Verbände", "Strukturbremser", "Maurer- und Betoniererpartie", "Vormund des Parlaments" und "Hemmer einer zukunftsorientierten Politik der beiden größten Parteien", seien hier genannt.

Historisch gesehen entstand die Sozialpartnerschaft keineswegs auf Grund gemeinsamer strategischer Überlegungen der Verbände bzw. der Bundesregierung, sondern iede beteiligte Interessenorgani-



sation versprach sich dadurch eine verbesserte Interessendurchsetzung und/ oder -wahrung. Die Bundeswirtschaftskammer hat sich in der Entstehungszeit lange gegen die Einführung und Ausweitung der paritätischen Preiskontrolle gestemmt, später jedoch mit Erfolg versucht - vor allem über den Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen - eine unternehmensfreundlichere Wirtschaftspolitik durchzusetzen.

#### Veränderte Bedingungen

In den letzten Jahren haben sich die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit der Verbände grundlegend geändert. Der Veränderungsdruck erfolgt aus drei Richtungen:

1) Mitgliederbedingt:

Während traditionell etablierte Mitglieder der Handelskammerorganisation Schutz und Unterstützung gegen unerwünschte Veränderungen der Rahmenbedingungen der Wirtschaft erwarteten, verlangt die neue Unternehmergeneration (Übernehmer wie neue Unternehmer) die Beseitigung von Hemmnissen für den raschen betriebswirtschaftlichen Erfolg. Dynamisierung und Deregulierung der Rahmenbedingungen sind das Gebot des Zeitgeistes.

2) Aufgabenbedingt:

Je offener eine Volkswirtschaft wird, umso geringer wird die Möglichkeit nationaler Politikbeeinflussung. Preisregelung und paritätische Preisbeeinflussung haben nur im sogenannten geschützten Sektor Sinn. Die Sozialpartner werden scheitern, wenn sie überhöhte Kosten aus dem geschützten Sektor weiterhin den exponierten (voll außenhandelsoffenen) Sektoren zumuten, ohne selbst an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit aller Bereiche konstruktiv (und nicht bremsend) mitzuarbeiten. Die bisherigen Tätigkeitsbereiche, insbesondere die Einbindung in Fonds, Beiräten und Kommissionen, ist daher kritisch zu überprüfen. Dafür stellen sich aber neue Herausforderungen, besonders in der Umweltpolitik, der Integrations- und Internationalisierungspolitik, der Flexibilisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der Sicherung und Herbeiführung einer menschengerechten Arbeitswelt und der Nutzung und Entwicklung des österreichischen Humankapitals.

3) Wichtiger, gerade bei einer immer populistischer werdenden Tagespolitik, ist die Aufgabe als countervailing power (Gegenmacht) zur überragenden Stellung der öffentlichen Verwaltung. Zur demokratiepolitischen Kritik, insbesondere aus der Ecke der FPÖ, ist zu bemerken, daß die stabsmäßige Unterausstattung des Parlamentes doch nicht den Sozialpartnern zum Vorwurf gemacht werden kann. Aus der Sicht der Bundeswirtschaftskammer wird es jedenfalls immer schwieriger, mit einigen hundert Akademikern auf Dauer das Expertenpotential auf Regierungsebene zu konkurrenzieren. Auf Grund der deutlichen Verringerung des Sozialpartnereinflusses in den Stammparteien muß das gemeinsame Konfliktlösungspotential bewahrt, ja dynamisch weiterentwickelt werden.

#### Landwirtschaft und gewerbliche Wirtschaft

Bis 1988 fühlte sich die Landwirtschaft in der Sozialpartnerschaft benachteiligt, weil sie im Rahmen der Paritätischen Kommission zwar über Kostenerhöhungen mitbestimmen durfte, die wichtigsten Erzeugerpreise jedoch der politischen amtlichen Preisregelung unterlagen.

Seit 1988 unterliegt auch der Erzeugermilchpreis der Paritätischen Kommission. Die Wegentwicklung österreichischer Erzeugerpreise vom internationalen, vor allem vom EG-Trend, wäre ohne sozialpartnerschaftliche Absicherung kaum denkbar. Die unumgängliche Anpassung im Zuge der Integration wird von den Sozialpartnern nicht getragen werden können.

Die Entfesselung der Sozialpartner aus traditionellen Fondsbindungen wird daher unumgänglich sein.

Die gewerbliche Wirtschaft hat eine Reihe von unbereinigten Konflikten mit der Landwirtschaft: Der Umfang der Nebenrechte der Landwirte in der Gewerbeordnung, die nicht gegebene Gleichbehandlung wirtschaftlicher Produkte in Geschäften und auf Bauernmärkten, die Behandlung der Genossenschaften im Kartellrecht (seit dem Kartellgesetz 1988 weitgehend bereinigt), die umweltpolitische Kontrolle bäuerlicher Produktionsanlagen und die zunehmende Regulierungsdichte in der Landwirtschaft, welche über Kontingente und Bestandsgrenzen die Entwicklung wettbewerbsfähiger bäuerlicher Familienbetriebe vereitelt, ja sogar verhindert.

#### Ausblick

Gerade weil sich in Österreich die Tagespolitik immer häufiger mit der Schaffung von Problembewußtsein begnügt und nicht den Mut zu couragierten Lösungen hat, werden die Funktionen der Sozialpartnerschaft in Zukunft wichtiger denn je. Sozialer Friede hat sich im internationalen Wettbewerb als komparativer Kostenvorteil erwiesen, in einer konfliktreicheren Innenpolitik ist er schwer genug aufrechtzuerhalten.

Mit innerer struktureller Erneuerung,

altem Elan und dem Rückzug aus einer Reihe überhöhter Politiken werden die Sozialpartner auch künftig für Österreichs Politik unentbehrlich bleiben.



Ein Gewinn für junge Menschen, wenn sie eine vielseitige Ausbildung absolvieren, das erhöht die Mobilität.



9

#### Werner Muhm

### **Aus der Sicht** der Arbeiterkammer

inleitend sollen einige wesentliche Punkte zum Wesen der Sozialpartnerschaft dargestellt werden.

1. Die Entwicklung Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg ist auch die Erfolgsgeschichte eines starken Kammerund Verbändestaates, denn es zeigt sich, daß all jene Länder, in denen es starke Verbände gibt, letztendlich in ihrer gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Entwicklung besser gefahren sind. Der wesentlichste Beitrag der Sozialpartner zur Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg lag darin, wirtschaftliche Dynamik mit niedrigen Inflationsund Arbeitslosenraten verbunden zu haben

Natürlich kann und darf der Hinweis auf die Vergangenheit kein Ruhebett sein. sondern man muß sich als Sozialpartner, als Kammer, der momentanen Diskussion stellen und mit bestimmten Reformen ansetzen

2. Dadurch, daß die Arbeiterkammer nicht im täglichen politischen Auseinandersetzungskampf mit der Wirtschaft lag, sind die Grundbedingungen für eine 10 funktionierende Volkswirtschaft und für die Bildung von gegenseitigem Vertrauen geschaffen worden. Die Unternehmer Österreichs konnten letztendlich darauf vertrauen, daß auch den Gewerkschaften die Notwendigkeit einer internationalen Wettbewerbsfähigkeit bewußt ist, daß sich eine gute wirtschaftliche Entwicklung auch in den Löhnen und in einer Einkommensverbesserung niederschlägt.

3. Ein wesentlicher Beitrag der Sozialpartner zur politischen Landschaft lag und liegt darin, daß sich ihre Form der Auseinandersetzung wohltuend von der allgemein üblichen politischen Auseinandersetzung abhebt, besonders, was die Sprache betrifft. Denn, wie man miteinander umgeht, und daß man prinzipiell eine Idee, die vom interessenspolitischen Gegner kommt, nicht von vornherein als falsch abtut, ist eine Frage der Auseinandersetzungskultur.

#### Die Kritik an der Sozialpartnerschaft

Wenngleich die Sozialpartnerschaft in der Vergangenheit erfolgreich war, so existiert doch ein bestimmtes Anpassungsdefizit. Für den Kammerbereich sind dies die Frage des Wahlrechts, der Minderheitenrechte und der Transparenz der Kontrolle, um die für die Interessensdurchsetzung erforderliche Vertrauensbasis wie-



der herzustellen. Denn der einzelne fühlt sich heute in dieser hochkomplizierten Industriegesellschaft oftmals überfordert. Man setzt daher Vertrauen in bestimmte Personen, in Politiker, Interessenvertreter. Vertrauen ist aber eine riskante Vorleistung; wird dieses enttäuscht, sinkt die Glaubwürdigkeit der Verbände und führt zu einem Abbröckeln des gesamten Systems.

Für die Zukunft wird es erforderlich sein, sozialpartnerschaftliche Tätigkeit ständig zu hinterfragen und sich neuen Themen und Schwerpunkten zuzuwen-

Die Sozialpartner haben ihr Expertenmonopol verloren: Während es vor zehn bis fünfzehn Jahren noch in keinem Ministerium eine Grundsatzabteilung oder in den Parlamenten und Landtagen nur Stäbe geringeren Ausmaßes gab, so werden heute die Expertisen im Parlament oder Landtag entwickelt. Diese Entwicklung ist dringend notwendig und sinnvoll, es wird auch in Zukunft erforderlich sein, daß Interessenorganisationen mit ihren Fachleuten den gesamtgesellschaftlichen Entscheidungsprozeß mitgestalten und den parlamentarischen Handlungsablauf beeinflussen

#### Weichenstellungen für die Zukunft

1. Die Sozialpartner agieren heute unter geänderten Rahmenbedingungen: Die Mediengesellschaft, Fragen der Ökologie, die Zersplitterung der Politik in Österreich, vor allem die Internationalisierung stellen eine große Herausforderung für alle Organisationen dar.

Um das Funktionieren der Sozialpartner weiterhin zu ermöglichen, bedarf es ihrer umfassenden Mitgestaltung des gesamtgesellschaftlichen Entscheidungsprozesses. Denn würden sich die Sozialpartner auf die Lohn- und Beschäftigungspolitik zurückziehen, so würde man ihnen Scheuklappen anlegen und sie könnten sich den neuen Herausforderungen nicht

2. Eine der Voraussetzungen für das Funktionieren dieses Systems liegt darin, daß Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Bauern jeweils in einer umfassenden Organisation vertreten sind. Eine Möglichkeit zur Verwirklichung liegt darin, Pflichtmitgliedschaft und umfassende Verbände zu schaffen; damit läßt sich ein interner Interessenausgleich erzielen sowie die Voraussetzung, daß ihr Handeln immer im gesamtwirtschaftlichen Rahmen zu sehen ist.

Die Alternative dazu liegt in einer demokratisch legitimierten Interessenvertretung mit transparenter Finanzierungsbasis. Der Gegensatz zur ersten Möglichkeit liegt in der Schaffung eine Systems des Lobbvismus, in welchem der Stärkere sich zu Lasten des Schwächeren durchsetzt. Daher können die Interessen der vielen kleinen Schwächeren nur durch eine umfassende Organisation effizient und transparent vertreten werden.

Und gerade, wenn man die Entwicklungen in Richtung Internationalisierung betrachtet, die wieder neue europäische Bürokratien schaffen wird, so bedarf es einer starken Interessenorganisation, die ein Gleichgewicht der Positionen zu erzielen versucht.

#### Sozialpartner und Landwirtschaft

Bei Gründung der Sozialpartnerschaft hatte die bäuerliche Bevölkerung einen Anteil von ungefähr 40 Prozent der Gesamtbevölkerung. Heute sind es nur mehr 4 Prozent. Angesichts dieser Entwicklung und des internationalen Preisverfalls stehen Landwirtschaft und übrige Sozialpartner vor schwierigen Verhandlungen. Es stellt sich daher das Problem, einen neuen Grundkonsens über die Agrarpolitik der nächsten Jahre zu finden. In der Zukunft darf es nicht mehr um bloß kurzfristige Interessensfragen gehen, sondern um die großen Herausforderungen für das gesamte Agrarsystem und die bäuerlichen Strukturen. Sicher wird es offenere Märkte und weniger Regulierung geben, sodaß man sich in bestimmten Bereichen aus einem Zuviel an Reglementierung zurückziehen wird müssen. Vor allem muß man der bäuerlichen Bevölkerung die Perspektive der Hoffnung eröffnen und die Chance geben, weiter in diesem Bereich tätig zu sein, indem hiefür vernünftige ökonomische Voraussetzungen geschaffen werden.

#### Schluß:

Die Sozialpartner stehen vor einer Vielzahl an Herausforderungen, deren Bewältigung von mehreren Voraussetzungen ab-

erstens an der Sozialpartnerschaft weiter festzuhalten.

zweitens der Zusammenarbeitswille und drittens die Unterstützung der Politik, sodaß die Grundlagen für diese Zusammenarbeit gesichert sind.

Denn nur dann wird sich ein Grundkonsens auch in der Agrarpolitik finden lassen, sodaß die Bauern dann auf unsere gesellschaftliche Solidarität zählen können.

#### **Rudolf Strasser**

### Aus der Sicht der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern

iele Monate bildete die Abschaffung der sogenannten Zwangsmitgliedschaft bei den Kammern eines der großen Themen, mit dem sich die Öffentlichkeit beschäftigte.

Vor kurzem ging es darum, die Kärntner durch die Bildung eines "Freistaates Kärnten" nach dem Vorbild Bayerns vom "Ostzentralismus" in Österreich zu befreien. Dem Urheber dieser Idee schien es dabei unerheblich zu sein, daß sich Bayern in Wahrheit im rechtlichen Status von den übrigen deutschen Bundesländern durch nichts unterscheidet.

Das Strickmuster ist in beiden Fällen immer dasselbe: Wichtig ist vielmehr, ein Feindbild entstehen zu lassen, gegen das anzukämpfen möglichst viel Zustimmung findet. Als denkender Mensch muß man darunter leiden, wenn hochrangige Politiker die Öffentlichkeit mit Gags und völlig unausgegorenen Ideen beschäftigen und damit auch noch breiten Raum in den Medien finden.

#### Die öffentliche Meinung

Trotz anderer Behauptungen ist nach wie vor eine Mehrheit der Bevölkerung von der Richtigkeit gesetzlicher Interessenvertretung für die einzelnen Berufsstände und der Sozialpartnerschaft überzeugt. Bedrückend ist daher, daß ein einzelner durch sein Fehlverhalten dem Ansehen dieser bewährten Einrichtungen nicht nur schweren Schaden zugefügt, sondern den Gegnern der Kammern und der Sozialpartnerschaft viel an Munition gegen sie geliefert hat.

Da die Nationalratswahl vorüber ist, darf zumindest gehofft werden, daß die Polemik etwas in den Hintergrund tritt und über die Kammern bzw. die Sozialpartnerschaft mit größerer Objektivität geredet wird.

Wer darüber Klage führt, daß die Interessenverbände zu mächtig seien und die Sozialpartner zu viel Einfluß ausüben könnten, der spricht sich damit eigentlich für mehr Staat aus. Denn die österreichische Bundesverfassung ist sehr wesentlich vom Grundsatz der Gewaltentrennung geprägt. Den verschiedenen Selbstverwaltungskörpern, wie z.B. den Kammern, sind dabei ebenfalls wichtige Funktionen zugeordnet. Univ.-Prof. Korinek hat in einem Vortrag dazu u.a. festgestellt: "Man muß also sehen, daß Selbstverwaltung auch gewaltenhemmend und damit staatsmachtbegrenzend und auf diese Weise freiheitssichernd wirkt."



Es ist bemerkenswert: Jene politische Gruppierung, die im besonderen Maß individuelle Freiheit auf ihren Fahnen geheftet hat, arbeitet durch ihren Kampf gegen den Sozialpartnereinfluß und die gesetzliche Interessenvertretung für mehr Staatseinfluß.

In der Kritik heißt es immer wieder, die "Sozialpartner seien zu mächtig", sie seinen eine Art "Nebenregierung". Damit wird der Tätigkeit der Interessenverbände in Österreich eigentlich ein recht gutes Zeugnis ausgestellt. Die Mitglieder, die Kammerumlagen zahlen, erwarten doch mit Recht, daß ihre Interessenvertretungen gute Arbeit leisten und auch Einfluß haben. Denn ohne entsprechenden Einfluß wird eine wirkungsvolle Interessenvertretung nicht gut möglich sein.

#### Worauf begründet sich die sogenannte Macht der Sozialpartner?

Sie verfügen über keine Legionen, können keine Staatsgewalt einsetzen und üben trotzdem Einfluß aus.

Es gibt verschiedene Gründe, warum in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit trotz verschiedener Belastungen in der Vergangenheit funktioniert und letztlich den Interessenverbänden starken Einfluß auf die Politik des Landes ermöglicht hat:

- 1. Gesetzliche Interessenvertretung bedeutet, die Legitimation zu besitzen, für einen gesamten Berufsstand auftreten zu können und den Anspruch zu haben, in das Begutachtungsverfahren von Gesetzesvorlagen einbezogen zu werden. Bei freien Berufsverbänden wäre die Verlockung zweifellos gegeben, sich das jeweils angenehmere Visavis auszusuchen.
- 2. Gesetzliche Interessenvertretung mit obligatorischer Mitgliedschaft bedeutet. daß im Regelfall zunächst ein interner Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen erfolgen muß, bevor ein Standpunkt

- nach außen hin vertreten wird. Einzelinteressen und Extremstandpunkte kommen daher nicht zum Tragen. Und das ist keine Schwäche, sondern eine Stärke.
- 3. Eine funktionierende Sozialpartnerschaft mit Einflußmöglichkeit setzt voraus, daß starke Organisationen zusammenwirken, die auch zu Kompromissen fähig sind und Verwaltung tragen können.
- 4. Auch wenn das Einstimmigkeitsprinzip im Entscheidungsfindungsprozeß Nachteile besitzt, bildet dieses letztlich einen der entscheidenden Gründe dafür, daß in Österreich der Ausgleich zwischen den einzelnen Gruppen durch Jahrzehnte hinweg in der Regel besser funktioniert hat, als in einer Reihe anderer westlicher Staaten
- 5. Regierungen waren in der Vergangenheit immer wieder versucht und werden es auch in Zukunft sein, die Last unpopulärer oder schwieriger Entscheidungen auf die Sozialpartner abzuwälzen oder sie zumindest in solche Entscheidungen einzubinden. Beispiele dafür gibt es genügend: Ladenschlußzeit, Ausländerbeschäftigung, EG-Beitrittsantrag, 2. Karenzjahr.
- 6. Wissen ist Macht. Dank guter Fachkräfte verfügen die Interessenvertretungen über sehr viel Sachverstand und Problemnähe. Wenn die Abgeordneten des Parlaments und die Ministerien das Wissen in den einzelnen Stäben der Interessenvertretungen für ihre politische Arbeit nutzen, dann ist das gut für unser Land 11 und gewährleistet zweifelsfrei ein gewisses Maß an Einflußmöglichkeit.

#### Die Zusammenarbeit am Agrarsektor

Traditionell besitzt die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit für den bäuerlichen Berufsstand eine besondere Bedeutung. Die maßgeblichen Politiker in den 50er Jahren waren offensichtlich der Meinung, daß es zielführender wäre. Entscheidungsfunktionen im Bereich der Agrarmarktordnung den Sozialpartnern direkt zu übertragen, als sie durch die staatliche Verwaltung wahrnehmen zu lassen. Was im Rahmen der Paritätischen Lohn- und Preiskommission auf freiwilliger Basis geschieht, ist in den Fonds bzw. in der Vieh- und Fleischkommission durch die entsprechenden Gesetze normiert: Keiner der Partner kann überstimmt werden; um zu Beschlüssen zu gelangen, muß ein Konsens gefunden

Die Bundeskammer, die Arbeiterkammer und der ÖGB üben einen großen Einfluß auf agrarpolitische Entscheidungen aus, und sie können vieles verhindern, wovon sie auch Gebrauch machen. Würde ich jedoch aus 25jähriger Berufserfahrung vor die Frage gestellt, ob Selbstverwaltung durch die Sozialpartner oder staatliche





Vizekanzler Josef Riegler, Präsident Pöltl und Landesrat Hermann Schaller ziehen mit jungen Bauern den Festwagen "Der ökosoziale Weg". Wär' gut, wenn die Sozialpartner auch (immer) in die gleiche Richtung arbeiten würden.

Verwaltung, so würde ich ersterem den Vorzug geben. Und dies, obwohl in den Fonds die Zusammenarbeit nicht immer so funktioniert hat, wie das im Interesse der Bauern wünschenswert wäre. Doch aus verschiedenen negativen Erfahrungen eines Zuviel an Regulierung hat man letztlich gemeinsam Konsequenzen gezo-12 gen und mit der MOG-Reform 1988 einen ersten markanten Schritt in Richtung Deregulierung gesetzt. Und mit der grundsätzlichen Vereinbarung, weitere Schritte in diese Richtung zu setzen, dokumentieren die Sozialpartner, daß sie sich überall dort von der Einflußnahme zurückziehen, wo dies durch die Entwicklung nicht mehr zeitgemäß ist.

Viele Jahre hindurch bestand die berechtigte Sorge, daß ein Rückzug der Sozialpartner aus Entscheidungsmöglichkeiten mehr Staat bedeuten könnte. Erst in den vergangenen Jahren hat sich allgemein die Erkenntnis durchgesetzt, daß nicht alles reguliert werden müsse und sich auch der Staat aus verschiedenen Bereichen zurückziehen solle (Privatisierung).

Sozialpartnerschaft bedeutet aber auch für die österreichischen Bauern, daß die Interessenvertretung der gewerblichen Wirtschaft bzw. die der Arbeitnehmer entweder auf Grund gesetzlicher Bestimmungen oder auf Grund vereinbarter Verfahrensregeln auf wichtige agrarpolitische Entscheidungen Einfluß nehmen kann. Den Beweis dafür, daß man es sich dabei nicht leichtmacht, liefert die harte Auseinandersetzung über die Erzeugerpreiserhöhung für Milch im Dezember des Vorjahres. Auf Grund von Kompromissen, die notwendig sind, darf jedoch nicht der falsche Schluß gezogen

werden, daß ohne sozialpartnerschaftlichen Einfluß Agrarpolitik leichter im Sinne der Bauern gestaltbar ist. Wenn in Angelegenheiten, die nur von der Regierung zu entscheiden sind, gar nicht so selten Monate vergehen, bis endlich eine Einigung zwischen dem Landwirtschaftsminister und dem Finanzminister etwa über eine neue Förderungsrichtlinie zustande kommt, zeigt das, wie unrichtig eine solche Annahme ist.

In der Beurteilung der Sozialpartnerschaft aus bäuerlicher Sicht darf nicht außer acht bleiben, daß die bäuerliche Interessenvertretung durch die sozialpartnerschaftliche Mitgestaltungsmöglichkeit auf die verschiedensten Entscheidungen im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik Einfluß nehmen kann. Jüngste Beispiele, wo dies nicht gerade zur Freude betroffener Wirtschaftsbereiche erfolgte, sind etwa die Neugestaltung der Stromtarife in einzelnen Bundesländern oder die Preisgestaltung wichtiger Bau-

### Einige Überlegungen für die Zu-

Viele Jahre hindurch stand die Sozialpartnerschaft völlig außer Streit. Es herrschte Genugtuung darüber, daß viele Länder das Konfliktlösungsmodell österreichischer Sozialpartnerschaft als beispielgebend ansahen. Heute steht der Anerkennung von außen viel Kritik von innen gegenüber. Dieser muß man sich, soweit sie berechtigt ist, stellen und versuchen, neue Wege zu gehen.

Den Sozialpartnern wird nicht ganz zu Unrecht vorgehalten, daß sie in ihrer Ar-

beit zu sehr auf die Lösung ökonomischer Fragen ausgerichtet sind. Es wird kritisiert, sie würden sich zu wenig den Herausforderungen von heute stellen, wie etwa im Umweltbereich. Es kann daher nur richtig sein, wenn die Sozialpartner ihre nach wie vor vorhandene Problemlösungskapazität verstärkt in den Dienst der Bewältigbarkeit von neuen Herausforderungen stellen.

Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß schwierige gesellschaftliche Probleme besser miteinander als gegeneinander bewältigt werden können, ein Grundsatz, der auch für die Zukunft Gültigkeit haben wird. Auch auf die Kompromißfähigkeit, wie sie dem Prinzip der Sozialpartnerschaft eigen ist, wird man nicht verzichten können

Wir brauchen daher weiterhin eine Sozialpartnerschaft, die nicht nur bei Weiterbestehen starker Interessenverbände funktioniert. Das Kammersystem ist eine wesentliche Voraussetzung dafür. Ein Abgehen von der Pflichtmitgliedschaft würde aber eine Beseitigung der Kammern bedeuten. Selbstverwaltung, wie sie in unserer Verfassung für die einzelnen Berufsstände vorgegeben ist, bedingt nämlich eine Pflichtmitgliedschaft.

Die Beseitigung der Landwirtschaftskammern würde für die Bauern in Österreich, einer immer kleiner werdenden Berufsgruppe, auf jeden Fall eine entscheidende Minderung ihres Einflusses bedeuten. Konsequenz: Wesentlich weniger Möglichkeiten, Interessen der Bauern durchzusetzen.

Und wessen Interesse kann das schon sein?

#### Heinz Zourek

### Aus der Sicht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

ährend früher "die Sozialpartnerschaft" nahezu einhellig positiv
beurteilt wurde, nimmt seit einigen Jahren die Kritik an ihr zu. Und zwar
in vielfältiger Weise. Einerseits wird ihr
abnehmende Lösungskompetenz und andererseits Übermacht ("Nebenregierung") nachgesagt bzw. einerseits zu enge
Sichtweise (Vernachlässigung der Umweltaspekte) und andererseits Geheimbündelei (zu wenig Transparenz in den
Entscheidungsprozessen).

Daher soll anhand einiger Thesen die Sichtweise des ÖGB zu dieser Diskussion und die darausfolgenden Perspektiven kurz skizziert werden:

- 1. Wie jede andere Interessenvertretung hat auch der ÖGB die Zielsetzung, die Interessen seiner Mitglieder und die Interessen seiner Organisation möglichst effektiv zu vertreten und zu diesem Zweck seinen Einfluβ geltend zu machen. Dabei wird natürlich jeweils jene Strategie gewählt, die den bestmöglichen Erfolg mit den geringsten negativen Auswirkungen verbindet.
- 2. Die Kooperation der großen Interessenvertretungen in der Sozialpartnerschaft findet im wesentlichen auf zwei unterschiedlichen Ebenen statt:
- einerseits durch die direkte Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern untereinander und durch den daraus entspringenden Interessenausgleich;
- andererseits durch die F\u00f6rderung von gemeinsamen Zielen, die gemeinsame Interessen betreffen, wie z.B. die Stabilit\u00e4t unserer Wirtschaftsordnung.

Dabei ist es selbstverständlich, daß sich diese beiden Ebenen gegenseitig beeinflussen.

- 3. Die Mitwirkung in der Sozialpartnerschaft beinhaltet für den ÖGB die Einflußnahme auf strategisch wichtige Entscheidungen. Im Bereich der Wirtschaftspolitik sind dabei folgende zwei Gruppen als die wesentlichsten zu nennen:
- Stabilitätspolitik einschließlich Lohnund Preispolitik
- Strukturpolitik.
- 4. Dieses System ist aber nur dann haltbar, wenn es zu einer Balance zwischen Vor- und Nachteilen kommt, und zwar sowohl für die einzelnen daran teilnehmen-



den Organisationen als auch für die Gesamtheit.

Für den ÖGB stellt dabei die Möglichkeit, längerfristig angelegte Strategien umzusetzen, einen Vorteil dar, für den es sich lohnt, auch für seine Mitglieder unangenehme Entscheidungen mitzutragen und zu verantworten.

- 5. Dieser Grundhaltung widerspricht es natürlich nicht, die Wirksamkeit der bestehenden Organe und Instrumente der Sozialpartner auf ihre Effizienz hin zu überprüfen. Das heißt, es geht weniger um eine Diskussion der Ziele als um eine solche der Mittel.
- 6. So ist die Bedeutung der Preispolitik im Rahmen des Preisunterausschusses im Laufe der Zeit zweifellos gesunken. Daraus ergibt sich aber nicht der Schluß, daß Preispolitik als solche überflüssig geworden ist. Sie bildet aus der Sicht des ÖGB die notwendige Ergänzung der Einkommenspolitik, die wiederum für die Sicherheit der von allen Sozialpartnern befürworteten Währungspolitik unerläßlich ist.

Was allerdings den geänderten Bedingungen angepaßt werden muß, ist das *Instrumentarium*, mittels dessen die Preisdisziplin erreicht werden soll. Denn je geschützter ein Markt ist, umso stärker wird eine direkte Preiskontrolle notwendig bleiben.

Und je offener (zumindest von der Rechtslage her) ein Markt ist, umso stärker wird in Zukunft eine Wettbewerbskontrolle auch durch die Sozialpartner an Bedeutung gewinnen.

7. Wenngleich das frühere "Expertenmonopol" der Sozialpartner in dieser Form nicht mehr besteht, so bleibt es auch in Zukunft bedeutsam, daß wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen möglichst "in der gleichen Sprache" geführt werden. Die grundlegenden Analysen und Stellungnahmen des Beirates erfüllen diesen Zweck, und

- es kann der wissenschaftlichen und politischen Diskussion nur dienen, wenn der Kreis derer wächst, die dazu Beiträge leisten.
- 8. Auch in Zukunft wird also durch die Sozialpartner gemeinsam und durch die sie bildenden Organisationen der Anspruch auf Politikberatung und Politikgestaltung bestehen. Wenn andere von ihnen nicht wahrgenommene Interessen sich dadurch zu wenig berücksichtigt sehen, so wird das nur teilweise durch "Aufnahme in den Kreis der Sozialpartner" geschehen können.
- 9. Unbestreitbar ist, daß eine Reihe herkömmlicher Lösungsebenen und -möglichkeiten für Anliegen der Interessenorganisation im Zuge der auch in Österreich vor sich gehenden Deregulierung geschmälert werden oder entfallen. Das gilt aber auch für die Politik im allgemeinen, wenn man die Perspektive der europäischen Integration bedenkt. Gerade im Hinblick auf die EG, insbesondere für die Phase der Anpassungen nicht nur, aber gerade im Bereich der Landwirtschaft, bestehen genügend Aufgaben, für deren Lösung die Sozialpartner erhebliche Erleichterungen schaffen können.

GATT — was ist das?

General Agreement of Tarifs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen). Wurde 1947 zur Erleichterung des gegenseitigen Handels auf der Basis der Meistbegünstigung in Genf abgeschlossen und trat 1948 in Kraft. Seit 1986 versucht das GATT seine Regeln—im Sinne der USA— auch auf den Handel mit Agrarprodukten auszudehnen. Diese sogenannte Uruguay-Runde stieß jedoch auf den weltweiten Widerstand der Bauern und scheiterte schließlich.

Stichwort "nichttarifäre Maßnahmen": alle Maßnahmen betreffend Einfuhren außer Zölle, z. B.: Abschöpfungen, Importausgleiche. Stichwort "non trade concerns" (nicht handelsbezogene Ziele): z. B. verlangte Österreich die Ausklammerung interner Stützmaßnahmen (Direktzahlungen, Regionalprogramme) von den zukünftigen GATT-Regeln.

# DIE EIDGENÖSSISCHE LANDWIRTSCHAFT – EIN EUROPÄISCHER EINZELFALL?

amit die europäische Landwirtschaft ihre multifunktionalen Aufgaben wahrnehmen kann, ist sie auf die Unterstützung der Staaten oder - in den Europäischen Gemeinschaften - auf die Unterstützung der europäischen Agrarpolitik angewiesen. Die Strukturen der bäuerlichen Interessenvertretung haben sich deshalb weitgehend nach den unterschiedlichen staatlichen Organisationsformen und Meinungsbildungsprozessen ausgerichtet und den weiteren spezifischen Umfeldern angepaßt, um die Interessen den Landwirte optimal in die politischen Prozesse einbringen zu können. So hat sich auch in der Schweiz eine Struktur der Interessenvertretung herangebildet, die der Organisation des schweizerischen Staatssystems sowie dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld angepaßt ist. Soweit die Organisation des eidgenössischen Bundesstaates einen Einzelfall darstellt, kann man ebenfalls die Art und Weise der bäuerlichen Interessenvertretung in der Schweiz als Einzelfall beurteilen. Der vorliegende Beitrag soll einen Überblick über die heutige bäuerliche Interessenvertretung in der Schweiz geben.

#### Das politische System in der Schweiz

Bekanntlich wird das politische System der Schweiz durch einen ausgeprägten Förderalismus und direktdemokratische Instrumente geprägt. Die Schweiz setzt sich aus eigentlich 26 "Kleinstaaten", den Kantonen, zusammen, die über eine eigene Verfassung, eine eigene staatliche Organisation und über eine eigene Finanzhoheit verfügen. Die 26 Schweizer Kantone sind selbst sehr unterschiedlich organisiert. Alle Kantone haben als kleinste Verwaltungseinheit die Gemeinden, die aber von Kanton zu Kanton über unterschiedliche Selbständigkeiten und Kompetenzen verfügen.

Das Subsidiaritätsprinzip in der Schweiz weist Aufgaben, die nicht ausdrücklich als Aufgaben des Bundes erkannt werden, den Kantonen zu. Die Kantone können im Rahmen der Verfassung und außerhalb der Bundeszuständigkeit demzufolge eine eigenständige Rechtssetzung betreiben. Die Kantone sind ferner für die meisten Bundesaufgaben die vollziehenden Einheiten und regeln im Detail die Art und Weise des Vollzugs mehr oder wenig selbständig.



Die Schweizerbürger können in einem außerordentlich weiten Bereich direkt auf die Gesetzgebung Einfluß nehmen. So verfügen sie sowohl auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene über ein Initiativ- und Referendumsrecht. Auf Bundesebene können sie mit mindestens 100.000 Unterschriften von stimmberechtigten Bürgern eine Verfassungsänderung verlangen oder mit 50.000 Unterschriften erreichen, daß Gesetzeserlasse oder -änderungen dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden müssen. Verfassungsrechtlich ist zudem geregelt, daß alle Verfassungsänderungen die Zustimmung der Mehrheit der Stimmbürger und der Kantone erfordern.

Der Einfluß dieses Systems auf die schweizerische Agrarpolitik zeigte sich gerade in der nahen Vergangenheit mit großer Deutlichkeit. In den letzten fünf Jahren konnte das Stimmvolk zu drei agrarpolitischen Vorlagen Stellung nehmen:

Zwei Referenden brachten die Änderung der Marktordnungen für Wein und Zucker entgegen der befürwortenden Haltung des Bauernverbandes zu Fall. Mit einer Initiative, lanciert durch die Agraropposition und unterstützt durch einen Großverteiler, wurde versucht, über die Verfassung die Grundsätze der schweizerischen Agrarpolitik zu verändern. Das Volk und die überwiegende Mehrheit der Landwirtschaft lehnten die Initiative und damit die Änderung der Verfassung mit knapp 51% der Stimmen ab.

Das damit vom Volk zum Ausdruck gebrachte Mißbehagen gegenüber der schweizerischen Agrarpolitik führte dazu, daß 1989 der Bauernverband in seiner bald hundertjährigen Geschichte das erstemal Gebrauch vom Initiativrecht machte: in einer Rekordzeit von drei Monaten sammelte er über 270,000 Unterschriften für seine Volksinitiative. Die Initiative verlangt die Festschreibung der multifunktionalen Zielsetzung der Agrarpolitik in der Verfassung und formuliert die Leitplanken der künftigen schweizerischen Agrarpolitik, die vergleichbar sind mit dem ökosozialen Weg in Österreich. Im Verlaufe des Jahres 1992 soll diese Initiative im Parlament behandelt werden und im gleichen Jahr könnte auch die Volksabstimmung darüber erfolgen.

Zur Zeit werden für eine weitere Landwirtschaftsinitiative Unterschriften gesammelt. Diese Initiative wird von der Agraropposition, von Konsumentenorganisationen, Umweltschutzorganisationen und Parteien des links-grünen Spektrums getragen. Weil die Landwirtschaft eben multifunktional ist, findet sie politisch höchste Beachtung.

In einem direktdemokratischen System können die unterschiedlichen Erwartungen an diese Multifunktionalität auch direkt in den politischen Prozeß eingebracht werden. Damit der Bauernstand als gesellschaftliche Minderheit dabei nicht unter die Räder gerät, werden an die Interessenvertretungen auch entsprechende Ansprüche gestellt.

#### Die Struktur der bäuerlichen Interessenvertretung in der Schweiz

Grundsätzlich sind die Berufsorganisationen - in der Regel rechtlich gesehen Vereine oder Genossenschaften - vom Staate unabhängig und erhalten für die Interessenvertretung keine finanzielle Unterstützung. Sie finanzieren sich über Mitgliederbeiträge und Erträge aus Dienstleistungen. Verschiedene Organisationen übernehmen zum Teil Vollzugsaufgaben im Rahmen der Gesetzgebung und werden dafür vom Staate entschädigt. Das bäuerliche Organisationswesen kann entsprechend dem Staatsaufbau in lokale. kantonale oder regionale sowie schweizerische Organisationen unterteilt werden. Horizontal unterteilen sie sich in ver-

14



Bauernlegen bringt keinen Segen! Delegationen aus zahlreichen Ländern wehrten sich in Brüssel gegen das GATT-Diktat aus

schiedenen Fachorganisationen, kommerzielle Organisationen sowie Organisationen der politischen Interessenvertretung. In der Regel fassen die kantonalen oder regionalen Organisationen die lokalen zusammen und die schweizerischen Organisationen die regionalen und kantonalen. Der Schweizerische Bauernverband ist die eigentliche Dachorganisation und umfaßt 90 Organisationen.

Die Schweizerische Agrarpolitik ist im wesentlichen eine Bundesaufgabe. Deshalb konzentriert sich die politische Interessenvertretung auf die schweizerischen Organisationen der Landwirtschaft. Der Schweizerische Bauernverband nimmt dabei als Dachorganisation eine Leaderfunktion ein. Die regionalen oder kantonalen Organisationen vertreten vor allem die bäuerlichen Interessen im konkreten Vollzug der einzelnen Bundesmaßnahmen oder setzen sich für spezifische, ergänzende kantonale Maßnahmen ein. In verschiedenen Kantonen wurden so beispielsweise gesetzliche Grundlagen für kantonale Direktzahlungen oder kantonale Investitionshilfen geschaffen. Einzelne Organisationen (z.B. die Milchverbände) nehmen weitreichende Vollzugsaufgaben im Rahmen von staatlichen Marktordnungen wahr und unterstützen die Bauern in der Qualitätsproduktion.

#### Wie ist der einzelne Landwirt in dieses System eingebunden?

Der Landwirt als Betriebsleiter ist in der Regel in mehreren lokalen Organisationen Mitglied. Er ist normalerweise Mitglied einer lokalen landwirtschaftlichen Genossenschaft, über die er Produktionsmittel bezieht und seine Produkte vermarktet. Ferner gehört er meistens einer Milchgenossenschaft an, die ihm seine Milch abnimmt. In der Regel ist er auch noch einer Viehzuchtgenossenschaft angeschlossen. Je nach Region und Produktionsrichtung des Betriebes können noch andere Mitgliedschaften dazukommen. Von diesen Mitgliedschaften hängen zum Teil betriebsnotwendige Dienstleistungen ab oder diese können auch Voraussetzung für besondere staatliche Beiträge sein. Der Schweizerische Bauernverband vertritt somit indirekt rund 95% der Landwirte. Dieses pragmatisch entstandene System hat den Vorteil, daß es die vielfältigsten Bedürfnisse erfaßt und zum Ausdruck bringt. Es hat aber den Nachteil, daß es relativ unübersichtlich ist und die Suche nach einem Konsens aufwendig gestaltet. Der Schweizerische Bauernverband hat jetzt eine Projektgruppe eingesetzt, die Vorschläge erarbeiten soll, um dieses System straffer und effizienter zu gestalten. Man kann nicht gleichviele Organisationen administrieren und finanzieren, wenn die Zahl von Landwirtschaftsbetrieben stetig abnimmt. Vielmehr muß das System der Interessenvertretung laufend den veränderten Rahmenbedingungen angepaßt werden, um weiter erfolgreich zu bleiben. Wichtig ist dabei vor allem, daß der Weg zwischen dem Landwirt und seiner obersten Dachorganisation verkürzt werden kann. Nur so wird es gelingen, die Mitsprache der bäuerlichen Basis auch bei den immer schneller verlaufenden Entwicklungen zu sichern.

Die Frage der Pflichtmitgliedschaft stellt sich dabei in der Schweiz nicht. Die Einführung einer Pflichtmitgliedschaft würde von den Bauern nicht unterstützt werden. Das Problem, daß zum Beispiel für Selbsthilfemaßnahmen im Marktgeschehen die Mitglieder von bäuerlichen Organisationen Maßnahmen finanzieren, von deren positiven Wirkung auch Nichtmitglieder profitieren können, versucht man auf dem Weg der Allgemeinverbindlichkeit von Verbandsbeschlüssen zu lösen. Zur Zeit wird deshalb eine gesetzliche Verankerung der sogenannten Allgemeinverbindlichkeit von Verbandsbeschlüssen angestrebt. Eine solche Regelung würde es den angesprochenen Organisationen ermöglichen, Selbsthilfemaßnahmen zu beschließen, die auch von Nichtmitglie- 15 dern mitgetragen werden müßten. Voraussetzung wäre allerdings, daß jene Organisation, die zum Beispiel im Fleischmarkt solche Maßnahmen beschließt, mindestens über 50% der Fleischproduzenten der Schweiz vertritt und weiteren Anforderungen des Minderheitenschutzes gerecht würde.

#### **Praktische Interessenvertretung**

Das föderalistische System und die direktdemokratischen Instrumente haben es der Schweiz erlaubt, trotz Viersprachigkeit, konfessioneller Unterschiede und ausgeprägten regionalen Unterschieden einen befriedigenden Ausgleich der Interessen zu finden. Die damit erzwungene Suche nach dem Konsens, dem Kompromiß, ließ ein Konsultationsverfahren für die Gesetzgebung entstehen, das die verschiedensten Varianten von Einflußmöglichkeiten offenläßt.

Ein Gesetzgebungsprojekt kann in der Schweiz durch den parlamentarischen Vorstoß, durch einen Verfassungsauftrag oder durch die direktdemokratischen Instrumente ausgelöst werden. In der Regel wird zur Erarbeitung neuer Gesetze oder Gesetzesänderungen eine Expertenkommission eingesetzt, bei deren personeller





Bestellung die tangierten Interessen bereits berücksichtigt werden. So sind Mitarbeiter des Schweizerischen Bauernverbandes in der Regel schon am Aufbau eines Entwurfes für einen agrarpolitischen Erlaß beteiligt. Liegt ein solcher Entwurf vor, so eröffnet der Bund ein breites Vernehmlassungsverfahren. Alle Kantone, Parteien und die wichtigsten Interessenorganisationen der Schweiz können innerhalb einer gesetzten Frist dazu Stellung nehmen. Nach der Auswertung der Stellungnahmen wird der Entwurf allenfalls überarbeitet und vom Bundesrat der Regierung - als Botschaft an das Parlament verabschiedet. Danach ist entweder das Parlament abschließend zuständig oder die Entscheide müssen noch dem Volk unterbreitet werden. Der Schweizerische Bauernverband hat also die Möglichkeit, ein neues Gesetz von Anfang an auf allen Ebenen mitzugestalten, wenn auch diese Mitsprache konsultativen Charakter hat

Der Leitende Ausschuß des Bauernverbandes setzt sich rund zur Hälfte aus Mitgliedern des eidgenössischen Parlamentes zusammen. Sie gehören alle den drei bürgerlichen Regierungsparteien an. Diese führenden Agrarpolitiker tragen so die Meinung des Bauernverbandes in die Parteien und in die parlamentarischen Debatten hinein. Zudem führt der Bauernverband das Sekretariat des Landwirtschaftlichen Klubs des Parlamentes, der nicht nur bäuerliche Parlamentarier umfaßt.

Der Bauernverband ist aber auch in vielen ständigen eidgenössischen Kommissionen und Arbeitsgruppen neben Vertretern der Sozialpartner präsent. So gibt es mehrere Arbeitsgruppen, welche die Verhandlungsdelegationen im GATT oder bei den EWR-Verhandlungen direkt konsultativ unterstützen.

Das klassische Kernstück der bäuerlichen Interessenvertretung stellen die jährlichen Preis- und Einkommensbegehren an die Regierung dar. Der Bauernverband erstellt anhand der Ergebnisse von rund 3500 Buchhaltungen einen sogenannten Lagebericht über die bäuerliche Einkommenssituation. Nach einem breiten, kurzen innerverbandlichen Konsultationsverfahren beschließt der 170köpfige Große Vorstand des Bauernverbandes im September das Forderungspaket, das beim zuständigen Bundesrat eingereicht wird. Anschließend werden die Forderungen durch verschiedene Fachausschüsse, die aus Vertretern der Produzenten, Konsumenten, Importeuren von Nahrungsmitteln, Großverteilern und der Bundesverwaltung zusammengesetzt sind, behandelt. Die Beratende Kommission für die Durchführung des Landwirtschaftsgesetzes unterbreitet anschließend der Landesregierung die Ergebnisse der Verhandlungen als Entscheidungshilfe. Schließlich entscheidet die Regierung über die Be-



Erich Pöltl am GATT-Aktionstag in Graz auf dem Hauptplatz am 13. November 1990; beachten Sie bitte Seite 13!

### Interessenvertretung auf europäischer Ebene

Die europäische Landwirtschaft ist anders gewachsen als die Landwirtschaft in der sogenannten "Neuen Welt". So lassen sich auch Gemeinsamkeiten der Land-

wirtschaft in der "Alten Welt" beschreiben. Eine dieser Gemeinsamkeiten ist die Vielfalt der europäischen Landwirtschaft, die gleichzeitig auch deren Multifunktionalität begründet. Um sie zu erhalten, müssen die gemeinsamen europäischen Interessen darin liegen, diese Vielfalt zu bewahren. Erfahrungsgemäß läßt sich dies mit dem Föderalismus und Subsidiarität erreichen. Die Schweiz beobachtet denn auch mit Interesse die Diskussionen innerhalb der EG, sei es in den Gesprächen über die Schaffung einer Politischen Union, über die Erhaltung des ländlichen Raumes, oder über die Reform der europäischen Agrarpolitik.

Um die Entwicklungen in der EG und in anderen europäischen Staaten aktiv mitverfolgen zu können, sind wir bemüht, engere Kontakte in Europa zu suchen. Der Schweizerische Bauernverband hat sich wesentlich für eine aktivere Rolle der CEA eingesetzt und hofft, daß unter dem neuen österreichischen Generalsekretär, Mag. Markus Holzer, dieser Weg fortgesetzt wird.

Wichtig für die Schweiz ist auch die Mitgliedschaft in der CEFICO, dem Zusammenschluß von CEA, COPA, FIPA und COGEGA.

Ferner klärt der Bauernverband ab, ob es sinnvoll sein könnte, in Brüssel eine Außenstelle zu errichten, um aus nächster Nähe die Gemeinschaftspolitik verfolgen zu können.

Mit der Organisation von internationalen Symposien oder beispielsweise der Genfer GATT-Demonstration im vergangenen November, soll ebenfalls ein Beitrag zu einer gut funktionierenden, multifunktionalen bäuerlichen Landwirtschaft in Europa geleistet werden.

Auch die Veranstaltung der Landakademie darf als Mosaikstein einer gemeinsamen bäuerlichen Interessenvertretung in Europa betrachtet werden, indem durch den Austausch von Informationen Lösungen für verschiedenste Probleme gesucht werden.

## DER ITALIENISCHE BAUER UND SEINE VERBÄNDE

ie italienische Landwirtschaft spielt in der EG eine bedeutende Rolle, da sie einerseits durch die klimatischen Voraussetzungen nahezu jedes landwirtschaftliche Produkt erzeugen kann und andererseits durch die großen Strukturmängel in manchen Lebensmittelsparten nicht in der Lage ist, die Selbstversorgung zu garantieren. Zum besseren Verständnis sei daher im folgenden vorerst die Struktur der italienischen Landwirtschaft aufgezeigt:

#### 1) Die Struktur der italienischen Landwirtschaft

Die italienische Landwirtschaft umfaßt 3.280.000 landwirtschaftliche Betriebe mit einer durchschnittlichen landwirtschaftlichen Nutzfläche von 5.6 ha. Demgegenüber liegt der Durchschnitt auf EG-Ebene bei 12,9 ha. Diese Betriebe liegen zu 34,4% im Berggebiet, zu 42,7% im Hügelland und zu 22,8% in der Ebene. Die Viehwirtschaftsbetriebe weisen im Durchschnitt einen Viehbestand von 19 Stück auf, während der Milchviehbestand bei 9 Stück liegt. Im Gegensatz dazu liegen die Zahlen in der EG bei Berücksichtigung der 10 Mitgliedsstaaten auf 42 Stück Vieh und 20 Stück Milchkühe. Die Beschäftigten in der Landwirtschaft erreichen die stattliche Zahl von 2.164.000. und dies entspricht ca. 10% der gesamten Beschäftigungszahl.

Wie werden nun diese italienischen Bauern vertreten?

#### 2) Die Vertretung der italienischen Bauern durch die drei großen Bauernverbände

Die einzelnen Bauern Italiens werden durch drei große Bauernverbände vertreten: es sind dies:

- Die Confederazione Generale dell' Agricoltura Italiana, kurz Confagricoltura genannt.
- Die Confederazione Nazionale dei Coltivatori Diretti, kurz Coltivatori Diretti genannt
- Die Confederazione Italiana Coltivatori, kurz Confcoltivatori oder CIC genannt.

Die Confagricoltura vertritt insgesamt 674.000 Mitgliedsbetriebe, dies entspricht ca. 1,200.000 Bauern. Die Coldiretti vertritt 1,200.000 – 1,500.000 angeschlossene Bauern, in diesem Falle sind also die Bauern Mitglieder. Die Confcol-



tivatori vertritt insgesamt 600.000 Bauern. Vom Produktionsvolumen her gesehen vereinigt die Confagricoltura ca. 50%, die Coldiretti 40% und die Confcoltivatori 10% in sich.

Die Aufspaltung in drei Verbände ist in deren politischen Ausrichtung begründet, denn die Confagricoltura ist eher liberallaizistisch orientiert, die Coldiretti eindeutig katholisch-demokratisch und die Confcoltivatori kommunistisch. Diese drei Bauernverbände sind durch ein Kontaktkomitee verbunden, das eventuelle gemeinsame Vorgangsweisen, z.B. die GATT-Protestaktion, bespricht und vereinbart.

Die Confagricoltura vertritt praktisch alle landwirtschaftlichen Betriebsformen. also Kapitalunternehmer. Genossenschaften, landwirtschaftliche Einzelunternehmer. Selbstbebauer. Pächter und bäuerliche Familienbetriebe, während die übrigen zwei Verbände vor allem die Kleinbauern und die Halb- und Teilpächter vertreten. Die Repräsentation im Staat erfolgt auf Provinzebene, Regionalebene und nationaler Ebene, wobei jeweils auch die wichtigsten Vertretungen in den öffentlichen Dienststellen, wie Unfall-institut, Renteninstitut usw., wahrgenommen werden. Von der Confagricoltura und der Coltivatori Diretti wird auch eine Vertretung in den Vorstand der EG-Interventionsstelle AIMA entsandt.

#### 3) Die Vertretung der Südtiroler Bauern

Südtirols Bauern konnten ihren 1904 auf gesamttiroler Ebene gegründeten Bauernbund über die Zeit retten, denn trotz der Auflösung im Jahre 1927 erstand im Jahre 1946 der *Südtiroler Bauernbund* wieder in voller Stärke und vertritt heute über 90% der Südtiroler Bauern. Ca. 5—7% lassen sich zumeist gleichzeitig vom Südtiroler Bauernbund und von der Coldiretti vertreten, während die restlichen Bauern bisher keine Ambitionen zeigen, bei einer bäuerlichen Interessenvertretung mitzumachen.

Der Südtiroler Bauernbund ist Mitglied bei den zwei italienischen Bauernverbänden, also bei der Confagricoltura und bei der Coltivatori Diretti; allerdings sind die Verbindungen mit der Confagricoltura weit intensiver, da durch die Konkurrenzsituation auf Provinzebene vor Jahren ein leichter Bruch in den Beziehungen zwischen Bauernbund und Coldiretti eingetreten ist. Der Landesobmann des Südtiroler Bauernbundes ist auch im Vorstand des Nationalen Bauernverbandes Confagricoltura vertreten und nimmt als Direktor des Südtiroler Bauernbundes an allen Tagungen der Direktoren der Confagricoltura teil.

Der Südtiroler Bauernbund ist eine auf Freiwilligkeit aufgebaute Interessenvertretung. Es besteht also keine Pflichtmitgliedschaft, doch wurden durch das Dienstleistungsangebot die Mitglieder derart gebunden, daß bisher der Mitgliedsstand nicht nur gehalten, sondern sogar noch etwas erhöht werden konnte.

#### 4) Die Vertretung der italienischen Bauern auf europäischer Ebene

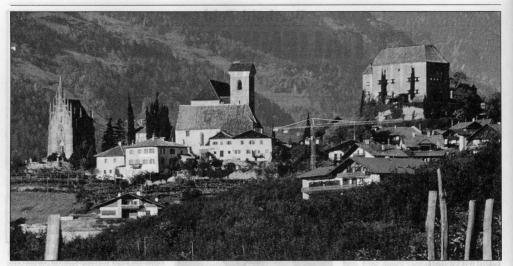
#### a) Die Vertretung über die staatlichen Bauernverbände

Die beiden großen Bauernverbände Confagricoltura und Coltivatori Diretti betreiben jeweils in Brüssel ein eigenes Büro, welches bei der Confagricoltura von zwei Personen besetzt ist. Die Schwerpunkte der Tätigkeit liegen dabei:

— in der Information über sämtliche Initiativen der EG-Kommission und des Ministerrates;

— in der Sensibilisierung der jeweiligen EG-Strukturen auf den verschiedenen Ebenen, soweit die italienische Landwirtschaft davon betroffen ist, und

— im Beistand und in der Unterstützung der Vertreter der Confagricoltura bei den Arbeiten in der Copa. In der Copa nimmt die Confagricoltura bei den je nach Produkt vorgesehenen Arbeitsgruppen, bei den allgemeinen Expertisen und im Präsidium teil. Dieses Büro findet seinen Gegenpart in Rom durch eine eigene Abteilung innerhalb des Bauernverbandes,



Blick auf Schenna über Meran: Das Mausoleum von Erzherzog Johann, die Kirche und das Schloß des steirischen Prinzen.

wo vor allem die Informationen gesammelt und bearbeitet sowie Vorschläge und Lösungsangebote unterbreitet werden.

Zurzeit ist die Confagricoltura auch dabei, eine eigene EG-Datenbank aufzubauen, da sie von seiten der EG als zuständige Stelle innerhalb Italiens anerkannt wurde.

Weiters versucht die Confagricoltura auf Staatsebene ihre Stimme geltend zu machen, hier ist vor allem die Vertretung bei der Interventionsstelle AIMA für die Marktregelung von besonderer Bedeutung.

#### b) Landesebene

Südtirol nimmt innerhalb des italienischen Staates eine besondere Position ein, da durch die Autonomie im primären Kompetenzbereich Gesetze erlassen werden können und somit EG-Richtlinien direkt mit dem Landesgesetz übernommen werden müssen.

Die Vertretung der Südtiroler Bauern auf europäischer Ebene erfolgt zurzeit über drei Wege, die in nächster Zeit ohne Zweifel noch verbessert werden müssen: Zum einen vertritt Südtirol im Europäischen Parlament ein eigener Abgeordneter, der als Kontaktstelle eine wesentliche Unterstützung anbieten kann;

zum zweiten besteht beim Assessorat für Landwirtschaft ein eigenes Amt für EG-Maßnahmen. Dieses befaßt sich mit den Beziehungen zur EG, muß aber in nächster Zeit wohl beim Präsidium angesiedelt werden, da durch die neuen Strukturmaßnahmen nicht nur der landwirtschaftliche Bereich, sondern auch viele andere Bereiche, wie Fremdenverkehr, Umweltschutz usw., betroffen sind und somit mehrere Assessorate in die Planung miteingebunden werden müssen.

Das Problem liegt im Förderungsbereich zurzeit darin, daß die von Brüssel ausgeschütteten Geldmittel nicht direkt nach Bozen, sondern über Rom fließen; dies führt natürlich ständig zu Streitpunkten, die durch eine direkte Abrechnung mit Brüssel umgangen werden sollen. Aber es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis dieses angestrebte Ziel erreicht wird.

Die dritte Form der Betreuung spielt sich auf Privatebene ab, die in Zukunft möglicherweise auch beim Bauernbund eingebaut werden könnte. Es handelt sich dabei um eine Privatberatung und Betreuung von Finanzierungsansuchen für Strukturmaßnahmen, die von seiten der EG für landwirtschaftliche Genossenschaften ausgeführt werden. Diese Beratung hat sich bisher sehr gut bewährt und kann wesentlich dazu beitragen, daß die EG-Förderungsmittel zum einen genehmigt und zum anderen auch möglichst rasch ausgezahlt werden.

Wie man aus diesen Ausführungen ersieht, konzentriert sich die Süddiroler Vertretung auf europäischer Ebene vor allem auf die Strukturmaßnahmen, da im Marktordnungsbereich der Großteil von Brüssel direkt entschieden wird, oder aber über die staatliche Interventionsstelle ergänzt wird. Südtirol konnte allerdings kürzlich in Absprache mit der Provinz Trient und der Region Veneto eine Vertretung in der zentralen Interventionsstelle AIMA errichten, womit sich auch bei staatlichen Interventionsvorhaben oder EG-genehmigten Interventionen Mitsprachemöglichkeiten eröffnen.



Unübertroffen ist der Rotwein aus Südtirol.

# WER VERTRITT EUROPAS BAUERN? WER VERTRITT DIE STEIRISCHEN BAUERN?

Die steirischen Bauern werden vertreten durch:

- das Agrarreferat des Landes Steiermark.
- die Kammer f
   ür Land- und Forstwirtschaft — als fachliche Interessenvertretung, und
- politische Gruppierungen, wobei sich bisher 85% aller steirischen Bauernfamilien zum Bauernbund bekennen.

Das Wissen um die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft und ihre Leistungen wurde bei der Landakademie 1991 als bekannt vorausgesetzt. Die Leistungen sollen hier aufgezeigt werden.

Am 17. März 1991 wird zusammen mit der Kammerwahl auch eine Urabstimmung durchgeführt.



Zum 40jährigen Bestandsjubiläum des Raiffeisenhofes gab es einen "Gedankensturm" (brainstorming) — das Ergebnis war ein voller Ideenbaum. Unser Bild zeigt Dipl.-Ing. Franz Riebenbauer und LKR. Gerhart Pongratz, Vorsitzender des Bildungsausschusses der Landeskammer.

#### Die Frage zur Urabstimmung lautet:

"Sind Sie dafür, daß die Kammer für Land- und Forstwirtschaft für alle steirischen Bauern und Grundbesitzer als bäuerliche Einrichtung mit Pflichtmitgliedschaft bestehen bleibt?"

Von diesem mutigen Schritt erhofft sich die Kammer eine Klarstellung und damit eine Festigung und Stärkung der bäuerlichen Vertretung.

#### Service-Leistungen und Erfolge Was wurde in den letzten Jahren erreicht?

Karenzgeld für Bäuerinnen seit 1. Juli 1990: Der Hauswirtschaftliche Beirat der Kammer hat jahrelang darum gekämpft. Getrennte Pensionsauszahlung seit 1. Jänner 1990 möglich: Zukünftig soll erreicht werden, daß die Bäuerinnen zu einer eigenen Pension kommen.

Familienförderung seit 1. Jänner 1990 deutlich verbessert: Familienbeihilfe des Landes, Familienzuschlag des Bundes, Kinderzuschlag nach dem Einkommenssteuergesetz.

Höhere Pensionen: Die Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze und die Herabsetzung des fiktiven Ausgedinges mit 1. Jänner 1990 brachte den Ausgleichszulagenbeziehern eine deutliche Besserstellung.

Einheitswerterhöhung im Jahr 1987 verhindert: Dadurch bleibt jedem einzelnen Bauern jährlich viel Geld erspart. Durch die Beibehaltung des Hektarhöchstsatzes wurde die Grundlage für ein Gleichbleiben, teilweise sogar leichtes Absinken der Einheitswerte gelegt.

Umsatzsteuersatz gesenkt: Für die künstliche Tierbesamung 10% Umsatzsteuer statt 20%. Für aus eigenem Obst erzeugten Obstwein ebenfalls 10% Umsatzsteuer.

Freiwillige Milchlieferrücknahme: Dadurch konnte der Allgemeine Absatzförderungsbeitrag von 60 Groschen auf durchschnittlich 20 Groschen gesenkt werden.

Milch-Ab-Hof-Verkauf: Dieser wurde praxisgerecht geregelt. Rinderankaufsprämie für inländische Käufer: Durch die rasche Einführung dieser Ankaufsprämie auf den Versteigerungen wurde der Verfall der Zuchtviehpreise im Herbst 1990 gestoppt. Viehabsatz — in den vergangenen fünf Jahren hat die Kammer folgende Viehabsatzmärkte organisiert und betreut:

- 170 Zuchtviehversteigerungen 34.344 Zuchttiere verkauft — Umsatz ca. 600 Mio. S
- 258 Nutzrindermärkte 38.420 Stück Rinder verkauft Umsatz ca. 460 Mio. S
- 506 Ferkel- und Kälbermärkte 343.330 Tiere wurden verkauft Umsatz 331 Mio. S

Marktordnungsreform 1990: Entlastung bei den Produzentenbeiträgen bei Getreide, Halbierung der Saatmaisabgabe.

Höherer Milchpreis: Der Milchpreis bei 4% Fett, 1. Qualität, inkl. MwSt. konnte von S 5,39 je kg im Jahr 1986 auf S 5,91 je kg im Jahr 1990 angehoben werden.

Tarifangelegenheiten: Kehrordnung, allgemeine Stromversorgungsbedingungen, Entschädigungen für die Inanspruchnahme von Grundstücken — die Kammer schützt in all diesen Angelegenheiten die Interessen der Bauern.

Waldverband Steiermark gegründet: Das rasche Erkennen von Problemen und der gemeinsame Versuch sie zu lösen, sowie die Weitergabe von Erfolgen und Erfahrungen waren die primären Überlegungen für die Gründung des Verbandes.

Reaktorunfall Tschernobyl 1986: Die bäuerliche Interessenvertretung hat wesentlich zur Milderung der Folgen beigetragen (Erstellung von Schadensrichtlinien, Ersatzfuttermittelaktion, Heumessungen).

GATT-Verhandlungen: Die Entwicklungen im GATT stellen für unsere Landwirtschaft größere Gefährdungen dar als ein möglicher EG-Beitritt. Die bäuerliche Interessenvertretung fordert Ausgleichszahlungen, falls der rigorose Abbau von Stützungen tatsächlich von den GATT-Ländern beschlossen wird. Die Berechtigung der Forderung wurde von der Regierung aner-

EG-Beitritt: In einem Grundsatzpapier hat die Interessenvertretung all jene Maßnahmen angeführt, die aus der Sicht der Landwirtschaft als Vorbedingung für einen Beitritt Österreichs getroffen werden müssen. Die Forderungen der Steirischen Landeskammer wurden von der Präsidentenkonferenz als Verhandlungsgrundlage übernommen und sind Gegenstand der Regierungsverhandlungen.

Mit dieser Aufzählung wurden nur einige Erfolge der Interessenvertretung aufgezeigt. Wenn man bedenkt, daß die Kammer bei 61 Gesetzen entweder an der Vollziehung mitzuwirken hat oder in Kommissionen vertreten ist bzw. ein Anhörungsrecht hat, so werden die vielfältigen Aufgaben der bäuerlichen Interessenvertretung deutlich.

#### Beratung

Beratungsleistungen der vergangenen fünf Jahre — einige Beispiele:

- 8.700 steuerliche Beratungen.
- 20.000 Kammerzugehörige wurden bei Sprechtagen rechtlich beraten. Dazu kommen 12.000 telefonische Auskünfte.

- 1.250 Klagen gegen Bescheide der Sozialversicherungsanträge wurden beim Arbeits- und Sozialgericht eingebracht.
- 8.200 AIK-Anträge mit einem Kreditvolumen von 2,9 Milliarden Schilling wurden von der Kammer bearbeitet.
  - · 3.500 Einzelberatungen im Weinbau.
- Die Betriebsberatung ist eine Schlüsselaufgabe der Kammer. Die jährlichen Leistungen sind beachtlich:
- 66.000 Vorsprachen von Bäuerinnen und Bauern direkt in den Bezirkskammern
- 42.000 Hofbesuche
- 320 bäuerliche Gemeinschaften werden betreut.
- Pflanzenbauberatung allein im Jahr 1989:
- 515 Kurse und Vorträge mit 17.700 Teilnehmern
- 4.000 Hofberatungen
- 18.800 Bodenproben aus 4115 Betrieben wurden im Rahmen der Bodenuntersuchungsaktion untersucht.
- An 1.730 Vorträgen der Obstbauberater nahmen 48.000 Personen teil. Weiters wurden 751 praktische Kurse und 38.000 Einzelberatungen durchgeführt.
- 2.630 Betriebsberatungen und 378 Kurse und Vorträge im Gartenbau.

Fortsetzung Seite 2

# Die steirischen Bauern sorgen für gesunde Nahrung

Die grüne Mark gilt längst als Geheimtip für Spezialitäten und Raritäten, ganz im Sinne von Minister Fischler, der Österreich als "Feinkostladen Europas" anpreist. Wie unsere Bilder mit Käse, Obst, Wein, Honig und Schafweide zeigen, sorgen unsere Bauern für gesunde Nahrung und für "Frisch auf den Tisch". Bild rechts oben: Die steirische Weinkönigin Maria I. aus Gamlitz.





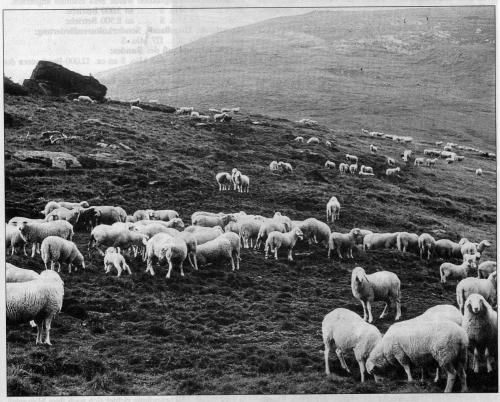
20











• 7.500 Bauberatungen direkt am Hof

2.500 Entwürfe und Pläne für Wohnhäuser und Stallgebäude in den vergangenen fünf Jahren.

6.000 Vorträge und 35.000 Beratungen im Hauswirtschaftsbereich (Gesundheit, Ernährung, Wohnen und Bauen, Direktvermarktung, Urlaub am Bauernhof).

Der 1986 gegründete Holzwerbefonds wirbt und informiert über Wald und Holz und ist Vorbild für die ganze Holzbran-

che geworden.

- Jährlich besuchen mehr als 12.000 Waldbesitzer Vorträge und Exkursionen der Forstabteilung.
- An 156 Kursen in der Waldbauernschule Pichl haben 3.300 Besucher teilgenommen.
- 253 Forststraßen mit einer Gesamtlänge von 453 km wurden gebaut. Die Baukosten in der Höhe von 69 Mio. Schilling wurden von Bund und Land mit 23 Mio. Schilling bezu-
- 477 Hofzufahrtswege mit einer Gesamtlänge von 302 km wurden gebaut. Die Baukosten in der Höhe von 278 Mio. S wurden vom Land mit 191 Mio. S bezuschußt.
- 1.900 Weginstandhaltungsaktionen wurden durchgeführt. Die Gesamtmaschinenkosten von 36 Mio. Schilling wurden vom Land übernommen.
- 317 km Bezirksgrenzen wurden durch Vermarkung und Vermessung gesichert.
- 44 Maschinenringe mit über 12.000 Mitglieder werden be-
- Insgesamt werden 320 bäuerliche Gemeinschaften betreut.
- 22 neue Bauernmärkte wurden in den Bezirken eingerichtet. • Der Raiffeisenhof betreute allein im Jahr 1989 859 Veranstal-
- Von 1985 bis 1990 wurden von der Landeskammer 14 Fachtagungen veranstaltet.

#### Schwerpunkt Umwelt — Ökologie

- Zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und der boden- und grundwasserschonenden Bodenbewirtschaftung gab es eine umfassende Vortragstätigkeit einschließlich eintägiger Bodenseminare. Die Landeskammer hat in den Wasserschongebieten des Leibnitzer Feldes ein Versuchsprogramm für eine boden- und grundwasserschonende Bodenbewirtschaftung er-
- Steirisches Institut für ökologischen Landbau wurde 1990 gegründet. Die Familie Renate und Peter Kopeinig leisten großartige Arbeit für die Erhaltung und Wiederherstellung eines fruchtbaren Bodens. Sie arbeiten gemeinsam mit vielen Bauern an neuen Wegen der Landbewirtschaftung.

• Energie aus Biomasse: "Energiewald" - Versuchsflächen

wurden angelegt.

• 40 Fernwärmeanlagen in der Steiermark: Der Bauer soll nicht nur Grundstofflieferant, sondern auch Wärmelieferant sein. In der Steiermark werden heute bereits 13% des Primärenergiebedarfes durch heimische, nachwachsende Energieträger gedeckt.

Biodiesel: Treibstofferzeugung aus Rapsöl durch Umesterung. In Mureck entsteht gerade die erste Umesterungsanlage. Ziel ist, Traktoren und Erntemaschinen der steirischen Bau-

ern mit Biodiesel zu betreiben.

600 Solaranlagen wurden seit 1988 in Selbstbauweise gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft "Erneuerbare Ener-

gie" hergestellt.

- Alternativen bereichern die Fruchtfolge: Der Anbau von Alternativkulturen ist von 1.634 ha im Jahr 1986 auf 6.214 ha im Jahr 1990 ausgeweitet worden.
- Die Ökofläche konnte 1990 auf 2.345 ha ausgedehnt werden.
- 600 Betriebe betreiben biologischen Landbau. 1990 gab es erstmals eine recht gute Direktförderung.
- Im Bereich des Pflanzenschutzes wurden durch den Einsatz von selektiven, nützlingsschonenden Präparaten Nützlinge

(z.B. Marienkäfer) in die Pflanzenschutzarbeit integriert. 1990 führte das Pflanzenschutzreferat den ersten Großversuch mit der Verwirrungstechnik (Konfusionstechnik) beim Apfelwickler in Europa durch. Vielen Obstbauern gelang es, ihre Tafeläpfel ohne Einsatz von Insektiziden zu produzieren.

Düngung: Rückgang seit 1985 in %: Stickstoff 27%,

Phosphor 30%, Kali 33%.

#### Marketingaktivitäten

Neue Qualitätsmarken wurden geschaffen: "Porki", "Styria-beef", "Almo"

Qualitätslämmer, Damwild, Fische und Stutenmilch werden von unseren Bauern angeboten.

Schilcherland, Thermenland: regionale Vermarktungsvereine wurden gegründet.

Steirische Innovationsagentur 1990 gegründet. Mit der Zielsetzung, innovative Produkte auf den Markt zu bringen, werden Ideen gesammelt, bewertet und auf ihre Durchführbarkeit überprüft. Die Innovationsagentur ist Anlaufstelle für alle innovatorischen Ideen.

Steirisches Agrarmarketingservice 1990 gegründet. Es bietet Marketingleistungen, wie Projektplanung und begleitende Beratung bei der Umsetzung der Projekte an.

Marktgemeinschaft Obst, Wein, Kürbiskernöl: Neue Qualitätsmarken wurden geschaffen - gemeinsame Werbung.

#### Förderung

(Unter Mitwirkung der Kammer durchgeführt) Direktzahlungen in benachteiligten Gebieten:

Diese Direktzahlungsaktion wurde 1988 erstmals angeboten.

1988 ..... 9 Mio. S ..... an 3.000 Betriebe 1990 ..... 54 Mio. S ..... an 8.500 Betriebe

Grenzland-, Hügelland-, Sonderkulturenförderung:

1986 bis 1990 ..... 127 Mio. S Bergbauernzuschuß des Bundes:

1986 bis 1990 ..... 545 Mio. S an ca. 12.000 Bergbauern der Zone II bis IV.

Heuer wurden erstmals auch die Bergbauern der Zone I in die Direktförderung einbezogen.

Bergbauernausgleichszahlung des Landes:

1986 bis 1990 ..... 135 Mio. S an ca. 12.000 steirische Bergbau-

Mineralölsteuerrückvergütung:

1986 bis 1990 ..... 700 Mio. S an 52.000 Bauern

Viehabsatzförderung:

1986 bis 1989 ..... 411 Mio. S Landesmittel für den gesamten Viehabsatz ..... 97 Mio. S Landesmittel allein für den Absatz von Zucht- und Nutzrindern

1986 bis 1. Halbjahr 1990 ..... 71,9 Mio. S Bundesmittel für die Kälbermastprämienaktion (63.884 Kälber)

1985 bis 1989 ..... 17,8 Mio. S Bergbauernzuschuß bei Vieh-

Anbau von Alternativkulturen

1986 ..... 9,1 Mio. S ..... 962 Betriebe ..... 1.626 ha 1989 ..... 25,7 Mio. S ..... 3.590 Betriebe ..... 5.590 ha

Grünbracheaktion des Bundes:

1987 ..... 191 ha ..... 1,3 Mio. S 1990 ..... 2.334 ha ..... 16,3 Mio. S

Bergweinbauflächen-Zuschuß:

1987 bis 1990 ..... 21 Mio. S ..... an 4.500 Betriebe

Mutterkuhhaltung-Förderung:

1987 ..... 1.057 Betriebe ..... 11,1 Mio. S 1989 ..... 1.213 Betriebe ..... 18,7 Mio. S

Weginstandhaltungsaktion:

1989 ..... 8 Mio. S 1990 ..... 15 Mio. S

Biologischer Landbau:

Der Bio-Landbau wird seit 1990 mit S 4.000,— je ha gefördert. Extensivierungsprogramme:

Seit 1990. Die Flächenprämie richtet sich nach dem Maisanteil in der Fruchtfolge und beträgt S 1.500,- bzw. S 2.500,- je ha.

### Der Bauer als Energielieferant

Bei der "Kreislaufwirtschaft" von einst haben Zugtiere etwa ein Viertel der Erträge als "Kraftfutter" verzehrt. Heute betreiben wir unsere Zugmaschinen und Kraftfahrzeuge großteils mit ausländischem Öl. So kam es zu einer gefährlichen Auslandsabhängigkeit, wie der Golfkrieg mit aller Schärfe zeigt. Umso erfreulicher, daß steirische Agrarpioniere, wie die Rapsdieselspezialisten um Mureck bzw. Silberberg und Dipl.-Ing. Johann Kellersperg auf erneuerbare Energie setzen. (Die Fa. Biostar, Tel. 03183/620, betreibt auch schon Bioautos).



Mit der Einführung des Karenzgeldes für Bäuerinnen wurde endlich ein Loch im österreichischen Sozialstaat geschlossen. Unser Bild zeigt den Obmann der Sozialversicherungsanstalt der Bauern, LAbg. Josef Schrammel, und Bürgermeister Peter Stanzer bei der Übergabe des ersten Schecks an die Bergbauernfamilie Pieber in St. Kathrein a. O.







#### Landwirtschaft und EG:

Im Gegensatz zu Österreich existieren in den Niederlanden drei Zentrale Bauernverbände: es sind dies: der Allgemeine. der Katholische und der Evangelische Bauernverband, die alle ihre eigenen Regionalverbände haben, aufgeteilt in Kreis- und Ortsverbände. Die drei Zentralverbände arbeiten sehr eng im Bereich der Koordinierung von nationalen und internationalen Angelegenheiten zusammen, wenn gemeinsame Stellungnahmen erwünscht oder erforderlich sind.

Die Verbindungen zur EG-Politik konzentrieren sich auf Konsultationen in Den Haag und Brüssel.

#### Erstens zu Den Haag:

Dort finden die Konsultationen mittels der Landbouwschap statt, einem Verband nach Körperschaftsrecht, in dem die drei Zentralen Bauernverbände mit den Agrargewerkschaften eng zusammenarbeiten. Der Leitende Ausschuß der Landbouwschap führt monatliche Unterredungen mit dem Minister und dem Staatssekretär für Landwirtschaft, Naturschutz und Fischerei auch über EG-Angelegenheiten. Zugleich finden regelmäßig Kon-24 sultationen mit anderen, etwa für Umwelt, Finanzen, Entwicklungszusammenarbeit, Wirtschaft und Außenhandel zuständigen Ministern statt. Wenn nötig. gibt es auch Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten, z. B. vor einem EG-Gipfel über landwirtschaftliche Angelegenheiten. Auf diese Weise sollen die verschiedenen Minister dazu veranlaßt werden, im EG-Ministerrat den Stellungnahmen der Bauernschaft Rechnung zu tragen.

Weiter führt der Leitende Ausschuß der Landbouwschap regelmäßig Konsultationen mit dem Landwirtschaftsausschuß und dem EG-Aussschuß des Parlamentes durch und hat immer wieder Begegnungen mit dem niederländischen Mitglied der Europäischen Kommission, Vizepräsident Andriessen.

#### Zweitens zu Brüssel:

Dort läuft die Vertretung über die drei Zentralen Bauernverbände, denn diese sind die niederländischen Mitglieder von COPA. Es gibt monatliche Tagungen des Präsidiums von COPA, jetzt geleitet vom Präsidenten Heereman, Präsident des Deutschen Bauernverbandes. COPA führt regelmäßig Konsultationen mit EG-Ministern durch.

Daneben führt das Präsidium von COPA regelmäßige Gespräche mit dem Europa-



Cornelius Floris ist zuständig für internationale Fragen der niederländischen Bauernverbände und beauftragt mit der Vertretung der Niederlande in den internationalen Verbänden: COPA (Brüssel), CEA (Brugg). IFAP (Paris). Außerdem verfolgt er die Arbeiten der internationalen Regierungsorganisationen: EG-Europaparlament, Europarat, Europakommission in Brüssel; Europarat in Straßburg; OECD in Paris; GATT und UNCTAD in Genf; FAO in Rom, alles Organisationen, die sich mit wichtigen Angelegenheiten der Landwirtschaft befassen.

parlament, insbesondere mit dem Landwirtschaftsausschuß und dem Ausschuß für Außenbeziehungen und mit den einzelnen politischen Fraktionen des Parlaments. Ferner kommt es zu regelmäßigen Konsultationen des Präsidiums mit dem Mitglied der Europäischen Kommission. welches für die Agrarpolitik zuständig

Beteiligt ist COPA auch an den Aktivitäten der Beratenden Ausschüsse der EG für die einzelnen Agrarprodukte oder Sachgebiete, wie Sozialpolitik, Strukturpolitik, Bildung usw. Wie alle anderen COPA-Mitgliedsorganisationen sind auch die drei Zentralen Bauernverbände in diesen Ausschüssen vertreten. In diesem Rahmen gibt es eine enge Zusammenar-beit zwischen COPA und COGECA, dem Europäischen Verband der Zentralen Agrargenossenschaften.

Zuletzt zu den Aktivitäten des Wirtschafts- und Sozialausschusses der EG: dieses Komitee muß aufgrund des EG-Vertrages von der Europäischen Kommission hinsichtlich der eingebrachten Vorschläge befragt werden. In diesem Ausschuß sind Bauernverbände aller Mitgliedsstaaten der EG vertreten.

#### Die Entwicklung der niederländischen Landwirtschaft:

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg waren in den Niederlanden noch 28 Prozent der arbeitenden Bevölkerung aktiv in der Landwirtschaft und im Gartenbau tätig. Heute sind es nur noch knapp 5 Prozent oder 110.000 Betriebe: von diesen Betrieben sind 85 Prozent Vollerwerbsbetriebe. die ungefähr 95 Prozent der Gesamtproduktion erfüllen.

Beim Zustandekommen der Europäischen Gemeinschaften wurden der EG-Vertrag und die Prinzipien der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik so ausgelegt, daß die Produktion in der Landwirtschaft dort stattfinden sollte, wo die Bedingungen — natürliche und wirtschaftliche am besten wären. Deswegen hat sich die niederländische Landwirtschaft auf die Bereiche Milchwirtschaft, Schweinehaltung und Glashauskulturen - Gemüse. Schnittblumen und Zierpflanzen - spe-

Exporte sind für die niederländische Landwirtschaft immer sehr wichtig ge-

Ungefähr 60 Prozent der gesamten Agrarproduktion werden heute exportiert, 75 Prozent davon in die EG. Der Agrarausfuhrwert beträgt etwa 25 Prozent des gesamten Ausfuhrwertes der niederländischen Wirtschaft in Gütern. Dienstleistungen usw. Die Exportanteile für Milch und Molkereiprodukte belaufen sich auf 60 Prozent der Gesamtproduktion, für Schweinefleisch auf 65 Prozent und für Gartenbauprodukte auf 75 Prozent.

Nach den USA liegen die Niederlande und Frankreich damit Kopf an Kopf an der zweiten Stelle der weltgrößten Agrarexporteure.

#### Zu den Charakteristiken der Landwirtschaft zählen:

- Arbeitsintensive Bewirtschaftung durch Familienbetriebe mit geringen Nutzflächen:
- · Große Bedeutung von Bildung, Beratung und Forschung für die Verbesserung der Anpassungskapazität der Landwirt-
- · Internationale Orientierung.

Der Anteil der Niederlande an der EG-Nettoagrarproduktion beträgt mehr als 6

Im Bereich der Landwirtschaftspolitik spielen Bildung, Beratung und Forschung

eine sehr wichtige Rolle. Maßnahmen der einzelbetrieblichen Förderung kommen weniger zum Einsatz. Für die Zukunft ist jedoch eine Neuorientierung erwünscht. Durch ein besseres Management muß es zu Kostensenkungen, Qualitätssteigerungen und zur Entwicklung neuer Produkte kommen. Deswegen ist es von höchster Bedeutung, Ergebnisse der Forschung durch eine gut strukturierte Beratung an erstklassig ausgebildete Landwirte weiterzugeben. Denn Landwirtschaft ist ja auch Wirtschaft.

#### Die Beziehung zur EG:

Wenn ein Land mehr als für den Eigenverbrauch notwendig ist, produziert, ist es klar, daß es den Zugang zu anderen Märkten sucht. Dieser Zugang soll allerdings so frei wie möglich sein. Daher waren und sind die Niederlande große Vorkämpfer der Europäischen Gemeinschaft bzw. einer Erweiterung der EG.

Die Niederlande sind - wie die anderen EG-Mitgliedsstaaten - von EG-Maßnahmen zur Beschränkung der Produktion in einer Anzahl von wichtigen Sektoren betroffen. So hatte die Milchquotenregelung zur Folge, daß die Milchproduktion seit 1984 um ungefähr 20 Prozent zurückgegangen ist, der Milchviehbestand sogar um 25 Prozent. Bei Getreide, Ölsaaten und pflanzlichen Eiweißen gibt es Garantiemengen mit automatischen Preissenkungen im Falle von Mengenüberschreitung und Mitverantwortungsabgaben. Auch für Rind- und Schaffleisch hat es erhebliche Preissenkungen gegeben. Diese führten dazu, daß der Anteil des Agrareinkommens aus sogenannten "schweren Marktordnungen" das heißt, mit Richt- oder Orientierungspreisen und Intervention - in den Niederlanden in den letzten zehn Jahren von 55 Prozent auf 45 Prozent gesunken ist. Daher stiegen die niederländischen Landwirte mehr und mehr auf Produktionen mit geringerem oder überhaupt keinem Schutz, wie Gemüse, Blumen, Kartoffel, Blumenzwiebel, Schweine- und Geflügelhaltung, um.

Ein großes Problem besteht darin, daß es in der EG noch immer nicht gelungen ist, eine zusammenhängende Sozio-Strukturpolitik zu schaffen, also ein kohärentes Paket von begleitenden Maßnahmen in den Bereichen Regionalpolitik, Sozialpolitik, Industriepolitik, Umwelt- und Forstpolitik, nachwachsende Rohstoffe.

#### Umweltprobleme

Infolge der Intensivviehhaltung ist in den Niederlanden das Umweltproblem zu Tage getreten. Daher hat die niederländische Regierung vor kurzem eine Anzahl Gesetzesentwürfe dem Parlament zur Beschlußfassung vorgelegt. Dazu zählen:

- Nationaler Umweltplan
- Landwirtschaftlicher Strukturplan
- Wasserhaushaltsplan
- Plan zur Kürzung der Anwendung von Schädlingsbekämpfungsmitteln
- · weitere Güllegesetzgebung.

Auch die Bauernverbände haben einen integrierten Umweltaktionsplan geschaffen, der die Aktionen der Landwirtschaft in mehreren Bereichen stufenweise festlegt. Diese Aktionen werden bis 1995 zu jährlichen Investitionen von rund 8 Milliarden Schilling in der Landwirtschaft führen.

#### Schluß:

In der EG zeichnen sich in den Neunziger Jahren noch eine Anzahl wichtiger Entwicklungen ab:

1. Die Vervollständigung des gemeinsa-

men integrierten Marktes ab 1993. Sie wird auch der Landwirtschaft Vorteile bringen, wenn durch den Wegfall der Grenzen in der EG die Exportchancen zunehmen werden.

- Es wird eine Verbesserung der handelspolitischen Verbindungen mit den EFTA-Ländern, wozu auch Österreich gehört, in Richtung eines vergrößerten Marktes geben. Dazu kommt dann noch die gemeinsame Diskussion über die Beitrittsanfrage Österreichs.
- 3. Die Auswirkungen, der in diesem Jahrhundert eingetretenen Entwicklungen in Osteuropa lassen sich noch nicht abschätzen; ohne Zweifel wird es jedoch mehr Zusammenarbeit geben.
- 4. Die GATT-Verhandlungen über die zukünftige internationale Handelspolitik werden hoffentlich zu einem für alle Länder ausgeglichenen Abkommen führen.

Die zeitgerechte und grundwasserschonende Gülleausbringung gehört zu den größten Problemen der Intensivierhaltung. Auch die Holländer haben damit schwer zu kämpfen. In verschiedenen Regionen werden daher Lösungen gesucht. Eine europaweite Neuheit wurde vom südsteirischen Bauer Eduard Pfiffer und von Landmaschinenbauer Johann Berner entwickelt und von der Landwirtschaftskammer gefördert.

Die Maschine gestattet die Gülleausbringung im Mais auch noch zu einem späten Zeitpunkt. Der doppelte Nutzen: der Mais bekommt zum optimalen Termin den Stickstoff, die Nitratbelastung des Grundwassers wird vermieden.



25

## JOHANN DANOS: EIN REISENDER FÜR DIE FREIHEIT

Bei der "Landakademie '91" wirkte auch — überraschend — der Chef der lettischen liberalen Partei, Dr. Johann Danos, mit, der zahlreichen Steirern bereits durch einen Auftritt im österreichischen Fernsehen bekannt war. Er hatte aus intimer Kenntnis die blutige Tragödie in Wilna geschildert und darauf verwiesen, daß Moskau den Freiheitswillen der Balten mit Panzerketten niederhalten will.

Wie sich im Krainerhaus herausstellte, war Dr. Danos gerade Gast beim Ländlichen Fortbildungsinstitut (LFI); Direktor DI Heiner Herzog hatte mit ihm über engere Kontakte zwischen Lettland und der Steiermark gesprochen. Lettland besitzt bekanntlich eine fortschrittliche. vielfältige Landwirtschaft. dennoch möchten Bauernmädchen und Bauernburschen zu uns kommen, um Österreich und die ökosoziale Agrarpolitik kennenzulernen. Nicht ohne Stolz berichtete Heiner Herzog zum Abschluß der "Landakademie", daß er bereits neun Betriebe finden konnte, auf denen junge Letten praktizieren können.

Der Chef der Liberalen in Lettland reiste schließlich von Graz nach Moskau, um an dem von Christian Schüler geleiteten Club 2 aus der sowjetischen Hauptstadt teilzunehmen. Zusammen mit Politologen und Publizisten, die den Reformkurs unterstützen, gelang es Dr. Danos, einen



mutigen "Reisenden für die Freiheit" zu repräsentieren. Keine einfache Sache in der Höhle des russischen Bären!

Auch sein Kurzreferat, das er außer Programm bei der "Landakademie" hielt, hinterließ bei den Zuhörern ein nachhaltiges, tiefes Echo. Von allen Seiten erreichte ihn der Wunsch, die drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland, mögen trotz der Rückschläge bei Perstrojka und Glasnost, bald die Unabhängigkeit erreichen. Immerhin sind diese drei Länder durch den Hitler-Stalin-Pakt "verschachert" worden und nun neuerlich in Gefahr, im Schatten des Golfkrieges weiter geknebelt zu werden.

Unser Foto zeigt den Chef der liberalen Partei Lettlands, Dr. Johann Danos, Riga.

Zu den Skizzen über die baltischen Republiken und die Sowjetunion: die blutigen Übergriffe sowjetischer Sondereinheiten in Litauen und Riga konnten den Freiheitswillen der Litauer, Letten und Esten — vorläufig — nicht brechen. Zur Stunde des Redaktionsschlusses (Il. 2. 1991) erreicht uns die Meldung, daß die Volksbefragung in Litauen zu einem großen Erfolg der Demokraten wurde. Über 90% stimmten für die Unabhängigkeit und für die Freiheit.



# ÖSTERREICHS BAUERN UND IHRE **ROLLE IN EUROPA**

er über Nacht hereingebrochene Golfkrieg führte in Österreich zu einer regelrechten Hysterie: Die Leute kauften die Regale leer im Glauben, daß die heimischen Bauern nicht in der Lage seien, eine Krisenversorgung sicherzustellen. Daher kann die Landwirtschaft den Medien nur dankbar sein. wenn etwa der ORF-Redakteur Sonnleitner kürzlich im Fernsehen sagte: "Man sieht, wie schnell sich ein scheinbarer Fluch - die Überschußproduktion nämlich - in einen Segen verwandeln kann". Und die Presse schrieb in Zusammenhang mit einem Artikel über die Golfkrise, daß "dank der Überschußproduktion in der Landwirtschaft Österreich mit Lebensmitteln bis mindestens Ende 1992 eingedeckt sei".

#### Der Stellenwert des Bauerntums

Und über Nacht wurde auch unsere Werthierarchie auf den Kopf gestellt:

Auf einmal rangieren wieder Sicherheit und Frieden ganz oben auf der Wertskala. Gerade in einer Zeit der Krisen und Kriege wird es daher klar, wie wichtig es für die Souveränität eines Staates ist, eine funktionierende Versorgung mit Nahrungsmitteln zu besitzen. Es wird auch erkennbar, welchen fundamentalen Wert die Landwirtschaft und ganz besonders die bäuerliche Landwirtschaft darstellt. In Österreich ist zudem die Verzahnung der Landwirtschaft mit anderen Wirtschaftssparten besonders spürbar, sodaß etwa für den Fremdenverkehr die Landwirtschaft eine wesentliche Grundvoraussetzung bildet.

Somit steht also fest: Die europäische Form der Landwirtschaft heißt Bauerntum. Es geht daher nicht allein darum, wirtschaftliche Interessen zu erfüllen, sondern es geht um mehr, über das Bauerntum die vielfältigen landwirtschaftlichen Funktionen abzusichern.

Dieses Oberziel muß als solches anerkannt werden, und es darf dadurch nicht in Frage gestellt werden, daß es daneben andere Ziele gibt, wie etwa das einer möglichst liberalen Wirtschaftsordnung. So kann es niemals unser Interesse sein, daß wegen der Handelsliberalisierungen eine Abwanderung der agrarischen Produktion in die günstigsten Standorte Europas erfolgt und auf diese Weise weite Regionen mehr oder weniger agrarisch entleert werden.



Dipl.-Ing. Dr. Franz Fischler ist Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft. Er hat dem Landwirtschaftsministerium den treffenden Beinamen "Überlebensministerium" gegeben.

#### Strukturelle Probleme

Die österreichische Landwirtschaft sieht sich mit einem großen Problem konfrontiert:

Ob es GATT-Verhandlungen sind oder der sogenannte EWR-Prozeß, ob es die EG-Integration Österreichs ist, oder die Neuentwicklung in den östlichen Nachbarstaaten, überall läßt sich ein ähnliches "Strickmuster" feststellen. Diese Politik führt nämlich dazu, daß große Teile der Wirtschaft, insbesondere der gewerblichindustrielle Sektor, aus den Liberalisierungsschritten enorme Vorteile ziehen, ebenso wie die Konsumenten am Preissektor enorme Vorteile haben, daß es gleichzeitig auch Zahler gibt, nämlich die

Letztlich werden große Teile der Bevölkerung einen Wohlstandsgewinn verzeichnen, während die Bauern und einige andere auch, einen gewaltigen Wohlstandsverlust erleiden. Die "Schneider-Studie" hat vor zwei Jahren berechnet, daß die EG-Integration Österreichs ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 3,5%, um 5% weniger Inflation und um 1,5% günstigere Kredite bedeuten würde. Allerdings müßte die Landwirtschaft einen Verlust in der Höhe von 3,5 Mrd. Schilling Einkommen pro Jahr hinnehmen.

Im Zusammenhang mit den GATT-Verhandlungen hat das "Economic Research

Service" - ein amerikanisches Forschungsinstitut - ein Computersimulationsmodell entwickelt. Dort hat man die Auswirkungen eines total liberalisierten agrarischen Welthandels berechnet: Die Konsumenten der Industrieländer würden sich 700 Mrd. Schilling ersparen. Die landwirtschaftlichen Produzenten in den Industrieländern müßten auf 720 Mrd. Schilling verzichten. Der einzelne Konsument würde pro Kopf ungefähr 2000 Schilling an Wohlstand gewinnen, ein EG-Bauer aber im Durchschnitt 28.000 Schilling an Wohlstand verlieren.

Damit ergibt sich klar, daß es nur zwei Wege gibt:

Entweder die Gesellschaft verzichtet auf die möglichen Wohlstandsgewinne, oder der Wohlstandsgewinn wird in Anspruch genommen, aber dann sind Mittel und Wege zu finden, auch die Bauern daran zu beteiligen. Dieser zweite Weg ist letztlich der einzig mögliche.

Eine Reihe von Fachleuten hat bereits diesen Trend und seine Auswirkungen erkannt. So hat Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker, der Direktor des Instituts für Europäische Umweltpolitik in Bonn, bei der Tagung über die europäische Landwirtschaft in Igls ein ganz klares Plädoyer für die Bauern abgegeben und in Zusammenhang mit der GATT-Diskussion folgendes gesagt:

"Die europäischen Länder und Japan bemühen sich, eine Verteidigungslinie gegen das Freihandelsdogma zum Schutz ihrer bäuerlichen Landwirtschaft aufzubauen. Viele Entwicklungsländer sollten ihnen eigentlich zustimmen. Für die Vertreter der CAIRNS-Gruppe jedoch, das sind die Agrarexporteure wie Canada, Argentinien, Australien usw., ist diese Verteidigungslinie nicht akzeptabel.

Nun stellt sich die Frage, wie sich eine Rechtfertigung für den Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft aufbauen läßt. In den vom Ertrag her eher marginalen Anbaugegenden geht es im wesentlichen darum, eine Kultur, eine Siedlungsstruktur und eine Selbstversorgungsmöglichkeit für den Notfall zu sichern. Der Notfall tritt dann ein, wenn Agrarimporte zur Ernährung der Bevölkerung und die Versorgung mit externen Futtermitteln, mit Elektrizität, mit Chemikalien und anderen Qualität ausmachenden Faktoren plötzlich ausfallen. Darüber hinaus sind solche standortspezialisierten Betriebe wichtig, um ökologische Gleichgewichte aufrechtzuerhalten. In diesen Gebieten ist die Landwirtschaft ein Teil des Landschaftschutzes.

Mit den großflächigen industriellen An-

baumethoden der typischen Agrarexporteurländer kann eine solche Landwirtschaft wirtschaftlich nicht konkurrieren. Würden alle Grenzen geöffnet, so mitßten die Bauern in Europa, Japan und in anderen Ländern aufgeben. Es ist daher ebenso verständlich, wie vernünftig, diese Betriebsform zu schützen."

Und weiter: "Wenn in der GATT-Uruguay-Runde alle Exportbarrieren und Importbeschränkungen fallen, dann gibt es auch nach einer möglichen Lösung der Schuldenkrise kein Halten mehr für den Raubbauexport. Der Wegfall von Importkontrollen bedeutet, daß die Länder der 3. Welt, ebenso wie die EG und natürlich die EFTA-Staaten, daran gehindert werden sollen, ihre Bauern gegen den alles unterbietenden Weltagrarhandel zu schützen.

Gerade die kleinräumige Landwirtschaft ist aber eine der Stützen der ökologischen Nachhaltigkeit. Der Wüste zu trotzen, den Boden fruchtbar zu halten, Nährstoffe weitgehend auf dem Hof zu verwenden, um keine unnötigen Energie-, Transportund Chemikalienkosten entstehen zu lassen, ist die natürliche Maxime der Bauern."

#### Aktivitäten setzen

In den GATT-Verhandlungen muß es das erklärte Ziel sein,

erstens das für die Landwirtschaft Mögliche herauszuholen, und

zweitens das, was volkswirtschaftlich in Richtung Landwirtschaft umgelegt werden muß, für die Zukunft sicherzustellen. So ist die Rolle der österreichischen Bauern und ihrer Vertreter in Europa zu sehen:

Obwohl wir ein kleines Land sind, sollten wir uns nicht als Zwerg fühlen, der in der Ecke steht und zuschaut, wie die Welt ihren Gang nimmt, sondern wir müssen eine aktive Rolle spielen! Und Österreichs Bauern haben sich in der Vergangenheit bemüht, eine aktive Rolle zu spielen: Gerade in GATT-Verhandlungen wurde zwei Jahre dafür gekämpft, daß die sogenannten non-trade-concerns, also die nicht handelsmäßigen Leistungen der Landwirtschaft zur Sprache kommen und auch ihre Abgeltung anerkannt wird.

Lange hat es gedauert, bis dieses Thema angenommen wurde, doch zuletzt wurde es von praktisch allen Staaten der Welt in Brüssel akzeptiert.

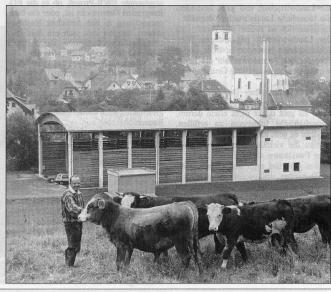
Dank der jahrelangen Bemühungen von Kammerantsdirektor Dr. Heinz Kopetz sind die steirischen Bauern europäische Pioniere der Energieversorgung aus nachwachsenden Rohstoffen. Schon gibt es über 40 Bioheizanlagen, ganze Ortsbzw. Stadtteile werden mit Fernwärme versorgt.

Österreich führt im 1. Halbjahr 1991 den EFTA-Vorsitz. In diesem Zeitraum soll der EWR-Prozeß möglichst zu einem Abschluß kommen. Alle EFTA-Staaten sind — entgegen der EG — der Auffassung, diese Frage solle bilateral von jedem einzelnen EFTA-Staat mit der EG verhandelt werden. Denn es darf folgendes nicht übersehen werden: Der Alpenraum, an dem Österreich den größten Anteil besitzt, ist der von Natur aus gegebene zentrale Erholungsraum, natürliches Trinkwasserreservoir und jener Raum, der über die meiste sich erneuernde Energie in Form von Wasser verfügt.

Und es ist der Bauernarbeit zu verdanken, daß die Erholung in diesem Alpenraum möglich und daß dieser Alpenraum sicher und bewohnbar ist. Die Bauern sollten sich dieser Rolle bewußter werden und mehr als in der Vergangenheit ihre europäische Funktion als Österreicher in die europäische Diskussion einbringen. Vor allem sollten auch die Stärken, die damit verbunden sind, besser genutzt werden als bisher.

Darüberhinaus besteht die Rolle der österreichischen Bauern im eigenen Interesse darin, in den Staaten des Ostens mitzuhelfen und eine bäuerliche Land-





wirtschaft aufzubauen. Wir müssen bereit sein, unsere Erfahrungen weiterzugeben und unsere funktionierenden Einrichtungen auch den anderen offenzuhalten. Wir müssen mehr Möglichkeiten bieten, wie das die Steiermark schon seit Jahren vorbildhaft praktiziert. Wir sollen nicht lehrmeistern, aber als Freunde und Nachbarn unser Wissen zur Verfügung stellen.

#### Österreichs Agrarpolitik als Modellfall

Mittlerweile wird der österreichische agrarpolitische Weg als Modell europaweit mehr und mehr anerkannt. Ganz deutlich geht das etwa aus den Berichten nach dem Scheitern der Brüsseler GATT-Konferenz hervor. Als der EG-Agrarkommissar McSharry ein Papier über die neue EG-Agrarpolitik übermittelte, stellten verschiedene Beobachter fest, daß die EG auf einen Kurs einzuschwenken scheint, der auf einer Reduzierung der Überschüsse und des immensen Preiswettbewerbes auf den internationalen Märkten basiert und der nach dem österreichischen Vorbild eingeschlagen wird.

#### Zukünftige Politik

In der Zukunft werden verstärkt Anstrengungen zu unternehmen sein, mit Hilfe von Marktinstrumenten das Einkommensziel für die Landwirtschaft zu erreichen. Die bisherige Konzeption, die sehr stark auf Marktordnungen und Regelungen aufbaut, soll etwas in den Hintergrund treten.

Neue Einkommenssicherungsinstrumente, die in der Wirtschaft schon längst üblich sind, müssen auch mehr als bisher in die Landwirtschaft einfließen. In diesem Bereich können Frankreich und Deutschland als Beispiel dienen, insbesondere was es heißt, einen Markt aufzubauen und zu pflegen oder was es heißt, Marketing zu betreiben.

Wenn erst einmal die vielfältigen Funktionen der Landwirtschaft und die Notwendigkeit ihrer Absicherung anerkannt werden, muß in Zukunft jede Funktion für sich bewertet und abgegolten werden. Es kann nicht länger so bleiben, daß die Bauern zwar viele Leistungen verschiedener Art erbringen, aber nur die Produktionsleistung allein abgegolten wird. Damit kann auch dem Vorwurf begegnet werden, daß wir als agrarpolitisch Verantwortliche den Bauer vom Markt verdrängen und dem öffentlichen Budget ausliefern. Zwar können die überwirtschaftlichen Funktionen der Landwirtschaft langfristig nicht ausschließlich über öffentliche Budgets abgegolten werden, aber der Einstieg dazu ist von den Gebietskörperschaften zu tätigen. Schließlich gilt es, mit diesen neuen Funktionen auch neue Märkte zu erobern, wie den Freizeitmarkt, den Energiemarkt oder den Entsorgungsmarkt.

Auch das neue Koalitionsübereinkommen geht auf die zukünftige Agrarpolitik ein. Kernpunkt der Vereinbarungen ist es, eine Umlenkung hin zu einer umfassenden Leistungsabgeltung zu schaffen. Der Maßstab muß die Leistung sein, sodaß es kein Geld ohne eine Gegenleistung geben darf. Gleichzeitig besteht weiterhin das Ziel, die Produktion in den Griff zu bekommen, vor allem dort, wo es Überproduktionen gibt.

Weiters muß sich Österreichs Landwirtschaft ganz besonders auf die schärfere Wettbewerbssituation vorbereiten, indem die Wettbewerbskraft der bäuerlichen Einrichtungen und der nachgelagerten Einrichtungen gestärkt wird.

Auch die Marktordnung muß weiter dereguliert werden, d. h. mehr privatwirtschaftliche Regelungen, auch wenn das in der Übergangsphase eine gewisse Unsicherheit mit sich bringen mag.

Die kommenden vier Jahre werden also Investitionsjahre für die österreichische Landwirtschaft sein. Da man immer eine gewisse Zeit braucht, bis man den Ertrag von Investitionen in Anspruch nehmen kann, sind dringend Vorleistungen notwendig. Diese Vorleistungen können die Bauern für sich alleine jedoch nicht erbringen, sodaß ihnen von seiten der Agrarpolitik geholfen werden muß.

Und es geht darum, die agrarischen Einrichtungen und agrarpolitischen Tätigkeiten zu entbürokratisieren und dem Bauern ein bißchen etwas von seinem Stolz dadurch zurückzugeben, daß er wieder mehr als Unternehmer auftreten kann. Ein erster Ansatz in diese Richtung bildet das heurige Budget. Es ist nunmehr nahezu ausgehandelt. Die Politik wird letztlich daran zu messen sein, was an Ergebnissen herauskommt und nicht, was an Vorhaben angekündigt wird.

Diese Maßnahmen weisen alle in eine Richtung: Der Bauer kann an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung teilhaben, er wird nicht ausgegrenzt oder gar zum "Kuli" der Nation gemacht. Es ist für die Zukunft sichergestellt, daß Österreich flächendeckend, auch in den weniger günstigen Lagen, über eine ordnungsgemäße Landbewirtschaftung verfügt.



29

# EINE EINIGE EUROPÄISCHE BAUERN-SCHAFT - MEHR ALS NUR EIN TRAUM?

nteressenvertretung ist in einer pluralistischen Gesellschaft und in einer parlamentarischen Demokratie nicht nur erforderlich, sondern auch politisch und moralisch leeitim.

Nur eine starke Bauernvertretung kann in einer Industriegesellschaft, wie wir sie heute in Westeuropa vorfinden, das notwendige gesellschaftspolitische Gegengewicht zu mächtigen anderen gesellschaftlichen Gruppen, wie etwa gewerblichen Unternehmern, Arbeitnehmern, Verbrauchern, Umweltschützern sowie Parteien, Parlament und Regierung, bilden

Für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum ist es daher äußerst schwierig, sich aus einer Minderheitenposition heraus im politischen Konzert das notwendige Gehör zu verschaffen.

Verschärft wird diese Situation noch zusätzlich durch die Internationalisierung der europäischen Politik einschließlich der Agrarpolitik im Zuge des seit dem Ende des 2. Weltkrieges einsetzenden Einigungsprozesses in Europa, für den die Geschichte der EG ein beredtes Beispiel abgibt.

Auch die internationale Handelspolitik — Stichwort GATT — sei in diesem Zusammenhang erwähnt.

Anhand der Erfahrungen in Deutschland und in der EG sollen einige wichtige Bedingungen herausgearbeitet werden, die erfüllt sein müssen, um den Traum einer einheitlichen europäischen Bauernvertretung Realität werden zu lassen.

### Zur Entwicklung der europäischen Einigung

Vor 40 Jahren, nach dem 2. Weltkrieg, war ein wirtschaftlich und erst recht politisch vereintes Europa nicht nur ein Traum, sondern eine absolute Utopie. 1958 startete man die ersten zwei realen Versuche, wenigstens Westeuropa wirtschaftlich zu einigen: die EG und die EFTA wurden gegründet.

Zwischen diesen beiden Organisationen gab es aber einen entscheidenden Unterschied: Sechs Länder Europas setzten auf politische und wirtschaftliche Integration, während die Mehrzahl dagegen nur bereit war, auf dem wirtschaftlichen Sektor gewisse Handelserleichterungen durch Zollzugeständnisse zu akzeptieren. Hier standen sich also zwei Grundauffassungen diametral gegenüber, die jedoch beide durchaus vertretbar sind:

Die einen verstanden von Anfang an die wirtschaftliche Integration als Einstieg



und Hebel zur *politischen Einigung*, sodaß es ihnen daher um eine möglichst enge und umfassende Zusammenarbeit ging.

Die anderen forderten eine große europäische Freihandelszone, die ein lockerer wirtschaftlicher Zusammenschluß sein sollte.

Heute, nach einem — mit historischen Maßstäben bewerteten — erstaunlich kurzen Zeitraum zeigt sich eindeutig, daß die EFTA-Lösung das unterlegene Konzept ist und sich die beinahe utopische EG-Variante durchgesetzt hat.

Der EG-Binnenmarkt 1992 steht vor der Tür, und der Integrationsprozeß entwickelt eine Eigendynamik, die alle Nachbarn der EG zwingt, zu reagieren. Österreich, Schweden und wohl auch Norwegen liebäugeln mit einem Beitritt, wobei der Ausdruck "liebäugeln" die Tarsachen etwas beschönigt: denn es ist wahrscheinlich weniger Liebe als die Einsicht in die Notwendigkeit eines Beitrittes, die z. B. Dänemark zwang — wegen seiner starken Agrarexportinteressen in Großbritannien — den Briten wohl oder übel in die Gemeinschaft zu folgen.

Der Volksmund sagt sehr treffend, "wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte, wenn zwei sich aber einig sind, hat der Dritte das Nachsehen". Genau aus dieser Abseitssituation wollen sich Österreich und einige andere EFTA-Länder befreien, wobei einzig und allein in einem EG-Beitritt die konsequenteste und logischste Lösung liegt.

Aber mit der neuen politischen und wirtschaftlichen Situation im Ostblock bekommt der europäische Einigungsprozeß eine weitere Dimension und wird dadurch noch an Dynamik gewinnen. Wie hier konkrete Lösungen aussehen, darüber kann man heute nur spekulieren. Vorstellbar ist entweder eine Assoziierung bestimmter Ostblockländer an die EG oder aber die Bildung eines "Europäischen Wirtschaftsraumes", entsprechend dem von der EG und der EFTA 1984 in Luxemburg beschlossenen Abkommen.

#### Geänderte Rahmenbedingungen

Dieser historische Exkurs sollte verdeutlichen, wie schnell sich die politischen und ökonomischen Entwicklungen in Europa vollziehen und sich damit auch die Rahmenbedingungen verändern, unter denen die Landwirtschaft überleben und ihre Berufsvertretung arbeiten muß.

#### 1. Anpassungszwang

Daher sind die Bauernorganisationen gezwungen, sich sehr schnell anzupassen: Einmal, damit diese selbst als eigenständige berufsständische Vertretungen bestehen bleiben (auch das kann zum Problem werden) und zum anderen, damit sie dem Auftrag, die Interessen ihrer Mitglieder gebührend zu vertreten, auch unter den neuen politischen Rahmenbedingungen — die im Grundsatz eine stärkere Abhängigkeit von supranationalen Entscheidungen bedeuten — gerecht werden können. Ganz konkret bedeutet das, vereinfacht ausgedrückt:

- Die Verbandsarbeit wird in Zukunft mehr kosten, auch wenn die Zahl der Bauern abnimmt:
- die Notwendigkeit, als "Landwirtschaft nur mit einer Stimme zu sprechen", um sich überhaupt durchsetzen zu können, nimmt weiterhin zu, unabhängig von der Tatsache, daß sich die landwirtschaftlichen Interessen immer stärker differenzieren.

#### 2. Starke Bauernvertretung

Beide Faktoren verschärfen den Zwang zur Schaffung einer einheitlichen nationalen Berufsvertretung, ganz unabhängig davon, wie sich vor dem historischen Hintergrund und den nationalen Besonderheiten des Agrarsektors eines jeden europäischen Landes dieses Ziel realisieren läßt. Dabei — das sei hier ausdrücklich hervorgehoben — ist nicht die Bezeichnung, also zum Beispiel "Bauernverband", entscheidend, sondern die tatsächliche Konzentration der berufsständischen Interessenvertretung in einer unabhängigen nationalen Organisation. Wer,

30

wie zum Beispiel die Bundesrepublik Deutschland (genauer die alte BRD) oder auch Österreich, über solche Strukturen verfügt, ist in einer deutlich besseren Position als etwa Italien und Portugal.

#### 3. Attraktivität für die Mitglieder

Das Finanzvolumen, das einer Bauernorganisation zur Verfügung steht, ist direkt abhängig von der Mitgliederzahl. Die Mitgliederzahl ist ihrerseits wieder abhängig von der Attraktivität der Mitgliedschaft, d.h. den Vorteilen, die sich das einzelne Mitglied mit seinem Beitrag einkauft.

Kein Bauer ist auf Dauer bereit, ein Dienstleistungsunternehmen - und das ist die Interessenvertretung - zu finanzieren, das ihm nichts einbringt.

Der Deutsche Bauernverband verfügt auf freiwilliger Basis über mehr als 90% aller deutschen Landwirte der Alt-Bundesrepublik als Mitglieder; dies ist ein Organisationsgrad, der z. B. den der deutschen Einzelgewerkschaften weit übertrifft. Warum aber sind die Landwirte bereit, Beiträge zu zahlen und trotz der politisch und wirtschaftlich so schwierigen Situation den Verband nicht zu verlassen? Worin liegt das Geheimnis einer starken Basis, die es dann auch dem Dachverband erlaubt - weil genügend Geld zur Verfügung steht - eine effiziente Lobby-Arbeit auf internationaler bzw. EG-Ebene zu entfalten und in Brüssel aktiv zu sein?

In erster Linie kommt es auf eine starke Präsenz an der Basis an. Das heißt, vor Ort müssen dem Bauern Dienstleistungen angeboten werden, auf die er nicht verzichten kann und will. Erst dann kommt die "große Politik", d.h., die Interessenvertretung für die Berufsgruppe auf Landes- und Bundesebene sowie bei der EG und weltweit. Wie sehr der Deutsche Bauernverband und seine Mitgliederorganisationen diesem Prinzip Rechnung tragen, soll anhand einiger Zahlen über die Verteilung der durch die Mitgliedsbeiträge eingenommenen Eigenmittel auf bestimmte Verwendungszwecke veranschaulicht werden:

Die für die berufsständische Arbeit zur Verfügung stehenden Mittel - aufgebracht durch die Beiträge der Bauern verteilen sich grob geschätzt wie folgt: 1. Die Dachorganisation Deutscher Bauernverband, d.h., die Geschäftsstelle des DBV in Bonn, erhält etwa 8%. Damit wird die politische Arbeit auf Bundesund EG-Ebene in Bonn und Brüssel finanziert.

- 2. Auf die durch die Geschäftsstellen der Landesbauernverbände geleistete administrative und politische Arbeit entfallen rund 20%.
- 3. Die Masse des Geldes, nämlich 70%, verbleibt also vor Ort und wird lokal für das "Dienstleistungsunternehmen Kreisgeschäftsstelle" verwendet.



Im Grazer Stefaniensaal wurde Hans Ramel, der schwedische Spitzenagrarier, als Nachfolger des Österreichers Heinrich Orsini-Rosenberg zum Präsidenten der CEA gewählt. Beim Gesellschaftsabend entpuppte er sich als exzellenter Volkstänzer.

In einer Zeit, in welcher die Arbeit der Zentralen nur selten so erfolgreich sein kann, wie sich das einzelne Mitglied das vorstellt, stellt dies den einzigen Weg dar, um die Mitglieder bei der Stange zu halten und damit die finanzielle Basis der Organisation zu sichern.

Darüber hinaus bildet diese finanzielle Absicherung einen wesentlichen Grund dafür, daß das Ansehen der Kreisgeschäftsstellen bei den Bauern höher ist als ienes der Dachorganisation.

Das zweite zu lösende Problem, welches aus der Minderheitensituation, in der sich die Landwirtschaft heute in der Industrieund Dienstleistungsgesellschaft befindet, resultiert, liegt darin, die Agrarinteressen so zu bündeln, daß die Landwirtschaft mit "einer Stimme sprechen" kann. Landwirte sind Individualisten, und es ist sehr schwer, deren Interessen unter einen Hut zu bekommen, wenn auch - unter dem wachsenden Druck von außen auf die Landwirtschaft - die Einsicht in die Notwendigkeit steigt, daß nur eine radikale Bündelung aller Agrarinteressen im politischen Kräftespiel noch Erfolg verspricht. Trotzdem liegt in der organisatorischen Lösung "Einheitsverband", wie sie — Dank der Weitsicht eines Andreas Hermes und seiner Mitstreiter -1948 die Bundesrepublik Deutschland besitzt, die einzige erfolgversprechende Reaktion auf eine derartige Situation.

#### Deutschlands Bauern ein Beispiel

Unabhängig von Produktionsrichtung und Betriebsgröße und egal, ob Voll-, Zuoder Nebenerwerbsbetrieb, der Deutsche Bauernverband bietet allen deutschen Landwirten eine berufspolitische Heimat und Plattform für die Vertretung ihrer Interessen. Die innerlandwirtschaftlichen Interessengegensätze, die zweifellos vorhanden sind und im Moment sogar noch weiter zunehmen und die Verbandsarbeit 31 nach innen immer schwieriger machen, werden durch Kompromißlösungen so weit als möglich ausgeglichen. Dies bedeutet natürlich eine gewisse innere Schwäche der Organisation, denn man benötigt viel Zeit und Energie, um tragbare Kompromisse zu finden. Aber weit mehr zählt in der politischen Arena die Tatsache, daß die deutsche Landwirtschaft in der Lage ist, mit einer Stimme zu sprechen. Denn in den meisten anderen EG-Ländern sind die Bauernorganisationen nicht in einer derart günstigen Situation.

Für den Ausgleich der innerlandwirtschaftlichen Interessen ist aber auch eine weitere organisatorische Maßnahme von großer Bedeutung:

Für alle Produktbereiche sowie für Strukturpolitik und Nebenerwerbslandwirtschaft gibt es Fachausschüsse des Deutschen Bauernverbandes, die die Spezialprobleme im Detail behandeln. Darüber hinaus sind die landwirtschaftlichen Spezialverbände für die einzelnen Produktbereiche assoziierte Mitglieder im Deutschen Bauernverband und die jeweiligen Fachreferenten des DBV fungieren gleichzeitig zum Teil als Geschäftsführer dieser Fachverbände. Somit ist eine optimale Integration der Spezialinteressen gewährleistet.

Was den Bezugs- und Absatzbereich der Landwirtschaft betrifft, so ist der Deutsche Raiffeisenverband, die Dachorganisation der Genossenschaften, Vollmitglied im Deutschen Bauernverband, womit die Abstimmung der Interessen außerordentlich erleichtert wird. Und schließlich gehören Deutscher Bauernverband, Deutscher Raiffeisenverband, die Deutsche Landwirtschafts-Gesell-schaft und der Verband der Landwirtschaftskammern dem "Zentralausschuß der deutschen Landwirtschaft" an, einem wichtigen Koordinationsgremium; da die assoziierten Verbände das ganze weite Spektrum der der Landwirtschaft vorund nachgelagerten Wirtschaftsbereiche umfassen, ist die gesamte Agrarwirtschaft organisatorisch "unter einem Dach" vereinigt.

Die Gründerväter des Deutschen Bauernverbandes nutzten die Gunst der Stunde Null nach dem totalen Zusammenbruch am Ende des Zweiten Weltkrieges, um einen Traum, nämlich den Einheitsverband, zu realisieren.

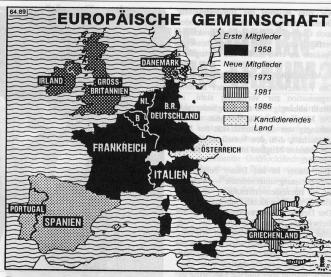
#### Integration durch COPA

Umso wichtiger ist es, daß bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft — was die landwirtschaftliche Berufsvertretung betrifft — von vorneherein auf den Einheitsverband als organisatorisches Prinzip gesetzt wurde. Schon am 6. September 1958 — also nur zwei Monate nach der Erarbeitung des Grundkonzepts für die gemeinsame EG-Agrarpolitik auf der Konferenz von Stresa — wurde der "Ausschuß der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen der Europäischen Gemeinschaft — COPA" gegründet.

Es ist schon erstaunlich, daß es trotz der unterschiedlichen landwirtschaftlichen Organisationsformen in den einzelnen Mitgliedsstaaten der damaligen 6er-Gemeinschaft so schnell eine tragbare Lösung zu finden gelang. Die zunächst 15 Mitgliedsorganisationen aus 6 Ländern wuchsen im Zuge der ersten Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft 1973 um weitere 7 Mitgliederorganisationen aus den Ländern Großbritannien, Irland und Dänemark auf 22 an; heute, nach Abschluß der Süderweiterung, kommen noch die Griechen, Spanier und Portugiesen dazu, sodaß COPA im Moment 31 Mitgliedsverbände umfaßt.

Gleichzeitig veränderte sich COPA auch qualitativ vom einfachen Koordinierungssekretariat in der Gründungsphase zum föderalistischen, klar gegliederten Einheitsverband mit einem arbeitsteiligem Mitarbeiterstab.

COPA ist heute der alleinige Gesprächspartner von EG-Kommission, Agrarministerrat und Europa-Parlament, d.h., der zentralen supranationalen Entscheidungsgremien der EG, deren politischer und wirtschaftlicher Einfluß im Zuge der EG-Entwicklung ständig zugenommen hat.



Europäische Gemeinschaften (EG) bestehend aus: Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montamunion, EGKS), Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Europäische Atomgemeinschaft (Euratom, EAG).

Die gemeinsame Agrarpolitik stellte für die Zusammenarbeit der in COPA zusammengeschlossenen Verbände eine große Herausforderung dar:

der in der EG vorgesehene Entscheidungsrhythmus zwang die aus völlig unterschiedlichen Ländern und Lagern kommenden Einzelverbände zu einheitlichen Stellungnahmen, sofern sie auf die Entwicklung der Agrar- und Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft überhaupt Einfluß nehmen wollten. Der Zwang, durch eine einheitliche Position Einfluß zu nehmen, besteht heute unverändert fort.

COPA spricht heute nicht nur für alle Bauernverbände der Gemeinschaft, sondern auch für alle Produkte. Die Mitarbeiter COPA's betreuen 30 Arbeitsgruppen mit jährlich rund 250 Sitzungen, in denen alle Experten der Bauernverbände und der Spezialverbände regelmäßig zusammentreffen. Für die Europäische Gemeinschaft ist damit der Traum einer einheitlichen europäischen Vertretung der Bauern - ebenfalls entstanden unter dem Druck einer totalen Umbruchsituation längst Realität. Auch in den in der COPA-Satzung von 1973 festgelegten Zielen der COPA-Arbeit kommt das Konzept des allgemeinen Einheitsverbandes zur Vertretung der Agrarinteressen voll zum Ausdruck.

Die COPA-Arbeit hat folgende Ziele:

- Prüfung der durch die Gründung und Entwicklung der EG aufgeworfenen Fragen,
- Beschäftigung insbesondere mit der allgemeinen Agrarpolitik und der Verteidigung der Interessen der Landwirtschaft

in der Gesamtheit,

 Suche nach agrarpolitischen Lösungen, die im gemeinsamen europäischen Interesse liegen,

 Erstellung von Kontakten zu Behörden der Gemeinschaft und den auf Gemeinschaftsebene bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Berufsverbänden.

Auch die inhaltlichen Ziele der COPA-Arbeit decken sich mit den formalen Zielen. Es sind dies:

 Verteidigung der Europäischen Gemeinschaft sowie die Förderung und Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der EG,

 Förderung und Stärkung des landwirtschaftlichen Familienbetriebes in seinen verschiedensten Erscheinungsformen,

 Verbesserung der Situation der Menschen im ländlichen Raum,

 Aufklärungsarbeit mit Bezug auf die Anerkennung der wirklichen Bedeutung der Landwirtschaft in den Volkswirtschaften der EG.

Soweit zur COPA, einer ganz realen und vitalen Bauernorganisation, in welcher ein berufsständischer Traum in einer relativ kurzen Zeit Realität wurde.

#### Einigkeit durch die CEA

Wie ist es nun um eine einige europäische Bauernschaft bestellt, wenn man an Gesamteuropa denkt?

In diesem Zusammenhang muß zunächst einmal die CEA, also der "Verband der europäischen Landwirtschaft" mit Sitz in Brugg in der Schweiz, erwähnt werden. Diese stellt einen über die EG hinausgehenden Zusammenschluß auf europäischer Ebene dar, wobei die meisten Mitglieder der COPA auch Mitglieder der CEA sind.

Der "qualitative" Unterschied zwischen der CEA und COPA läßt sich wie folgt umschreiben: Während die CEA nur europäische Agrarinteressen artikulieren kann, betreibt die COPA unter dem EGDach klassische Politik, genauso wie es die nationalen Verbände im eigenen Lande tun. Daher ist es natürlich, daß mit der ständigen Erweiterung der EG das Interesse der EG-Bauernorganisationen an der CEA-Arbeit in dem Maße schwächer wurde, als die Bedeutung der COPA-Arbeit zunahm.

Die neue Situation in West- und Osteuropa als Reaktion auf das EG-Binnenmarktvorhaben 1992 und die politische und wirtschaftliche Offnung Osteuropas könnten hier jedoch eine gewisse Wende herbeiführen und die CEA wieder stark aufwerten. Einige EFTA-Länder, darunter auch Österreich, haben einen Antrag auf EG-Mitgliedschaft gestellt bzw. denken über einen Beitritt nach; Ostblockländer streben die Assoziierung an. Die EG vertritt aber die Auffassung, daß jetzt aus verschiedenen Gründen keine Erweiterung stattfinden soll.

Soweit es keine Störungen von außen gibt, werden die 90er-Jahre durch eine sich auf den echten Binnenmarkt hin rasch entwickelnde EG, die ein gewaltiger wirtschaftlicher Magnet sein wird und durch eine daneben existierende Freihandelszone à la EFTA, deren Mitglieder aber gleichzeitig mit der EG assoziiert sind oder sich in verschiedenen Phasen des Beitritts befinden, gekennzeichnet sein. Eine solche Situation benötigt dann eben eine Plattform, um die Agrarinteressen dieser europäischen Zone zu koordinieren und sie auch gegenüber der EG zu artikulieren und zu verteidigen. Diese Funktion könnte nach gewissen Modifikationen die CEA übernehmen; allerdings müßte sie sich dann noch stärker als bisher als echte Interessenvertretung profilieren. Damit würde auch der sogenannte CEFICO-Wirtschaftsausschuß, in dem heute schon COPA und CEA (und auch die IFAP) zusammenarbeiten, eine starke Aufwertung erfahren, indem dieser das Scharnier zwischen der internen EG-Berufsvertretung und der externen gemeinsamen Berufsvertretung der Beitrittskandidaten und assoziierten Länder wäre

Eines muß hier aber klargestellt werden: Nur der EG-Beitritt eines bestimmten Landes, verbunden mit der Mitgliedschaft in COPA, verschafft einem nationalen Bauernverband die unmittelbare Einwirkungsmöglichkeit auf die EG-Agrarpolitik.



#### Österreichs EG-Beitritt

Was nun Österreich betrifft, so ist der Beitrittszeitpunkt noch relativ günstig, denn mit Ausnahme des Agrarsektors, auf welchem die Integration der Mitgliedsstaaten ziemlich weit fortgeschritten ist, steht man im Moment erst am Anfang des Integrationsprozesses. In den vergangenen 30 Jahren hat sich die Gemeinschaft eher quantitativ vergrößert als qualitativ entwickelt, obwohl sich nun mit dem Binnenmarkt 1992 entscheidende qualitative Veränderungen abzeichnen. Daher: Wenn Österreich jetzt der Gemeinschaft beitritt, dürften die sich daraus resultierenden Schwierigkeiten nicht unüberwindbar sein, weil erst in Zukunft die Integration über den Agrarbereich hinausgreift. Was den gemeinsamen Agrarmarkt betrifft, so könnten die Schwierigkeiten aus der isolierten Integration der Agrarwirtschaft ohne entsprechende Integrationsfortschritte in anderen Wirtschaftsbereichen für die österreichische Landwirtschaft geringer sein, als seinerzeit im Fall der Bundesrepublik Deutschland, weil nun der Integrationsprozeß für die gesamte Wirtschaft im Gange ist.

Auch die negativen Erfahrungen mit einem Zuviel an Zentralismus der gemeinsamen Agrarpolitik — Stichwort gemeinsame Preispolitik — könnten der österreichischen Landwirtschaft erspart bleiben, da jetzt de facto die Agrarpolitik schon wieder stärker dezentralisiert ist. Da der wirtschaftliche Sog der EG so groß ist, daß ein Anschluß unbedingt erforderlich ist, vermag nur der Beitritt auch die notwendigen aktiven politischen Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Auf jeden Fall wäre jeder spätere Beitritt mit noch größeren Schwierigkeiten ver-

bunden.

Wie auch immer sich der zukünftige Weg der österreichischen Berufsvertretung der Landwirte in die EG im Detail gestaltet, eines erscheint von großer Wichtigkeit: Je geschlossener eine nationale Berufsvertretung in Brüssel auftreten kann, umso besser sind ihre Chancen, die eigenen Vorstellungen in der COPA auch wirklich durchzusetzen. Alle Länder, die eine Einheitsorganisation besitzen oder sich wie die holländischen Kollegen - durch ein gemeinsames internationales Sekretariat vertreten lassen, sind in dieser Hinsicht im Vorteil gegenüber Ländern mit mehreren Berufsorganisationen, die oft auch noch untereinander uneins sind. Nichts wäre für eine effiziente Präsenz in Brüssel schädlicher, als die Geschlossenheit der Repräsentanz des Agrarsektors

Brüssel schädlicher, als die Geschlossenheit der Repräsentanz des Agrarsektors durch interne Querelen in Frage zu stellen. Hinzu kommt schließlich, daß der finan-

rimzu kommt schliebitch, dan der infanzielle Mittelbedarf für die Tätigkeit in Brüssel noch zusätzlich zu den sonstigen Ausgaben aufgebracht werden muß, und das bei einem schrumpfenden Agrarsektor.

Fazit: Der Traum, die europäische Bauernschaft zu einigen, hat schon sehr reale Züge bekommen. Es liegt nun an den österreichischen Bauern, diesen Prozeß zu beschleunigen.

Denn wenn wir es nur wirklich wollen und richtig angehen, dann sind die Utopien von heute die Realität von morgen.



## DIE LANDWIRTSCHAFT IM SPIEGEL **DER MEDIEN**

Podiumsdiskussion mit Gernot Hollerer, Dietmar Stutzer und Erwin Zankel. Diskussionsleitung: Alois Puntigam



Gernot Hollerer vom ORF macht die Sendung "Aus dem Land - für das Land" und arbeitet auch für den Bereich Landwirtschaft.



Dr. Erwin Zankel von der "Kleinen Zeitung" beschäftigt sich ausführlich mit Wirtschaftsfragen sowie mit Innen- und Landespolitik.



Dr. Dietmar Stutzer ist Journalist und freier Mitarbeiter für das "Neue Land" in

us Platzgründen ist es leider nicht möglich, die vielfältigen Aspekte dieser Debatte, an der sich auch das Publikum beteiligte, zur Gänze wiederzugeben. Mag. Eleonore Hierzer hat einige Auszüge zusammengefaßt.

Da die Landakademie '91 leider im Schatten des Kriegsausbruches im Nahen Osten stand, konnten Helmut Grieß von der "Neuen Zeit" sowie Dr. Gerfried Sperl von "Der Standard" nicht wie angekündigt daran teilnehmen.

Dr. Alois Puntigam bemühte sich sehr, mehrere weibliche Journalisten einzuladen, leider gab es nur Absagen.

#### Dr. Dietmar Stutzer:

"Es ist natürlich nicht so, daß irgendwo finstere Gestalten in den Parteizentralen oder in Gewerkschaftszentralen, wo auch immer, sitzen, die sagen, jetzt gehen wir Medien manipulieren. Diese Vorgänge sind weitaus komplizierter. Die Medien manipulieren sich nämlich zum größten Teil selber. Sie bestimmen darüber, was die Wirklichkeit ist und über welche Themen zu berichten sei. Darüber wird dann auch so berichtet, wie man glaubt, es machen zu sollen. Ein Beispiel: In Brüssel herrscht Fernsehen "total". Es gibt 27 Programme, und sicherlich werden es auch noch 30. Die meisten von ihnen, wie das belgische, das niederländische, das österreichiche, französische und britische haben über die Ereignisse in Litauen morgens ab 8.00 Uhr sehr eindeutig berichtet. Nur das deutsche nicht. Es hat

Stunden gedauert, bis die deutschen Medien darauf reagiert haben, ganz sicherlich auch deswegen, weil irgendwo große Staatsmänner und Diplomaten in den Redaktionen gesessen sind, die sich den Kopf von Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher zerbrochen haben.

Ein anderes Kapitel: Was passiert jetzt in Deutschland mit der ehemaligen DDR? Niemand weiß, wie man darauf reagieren soll, daß man plötzlich 105.000 Quadratkilometer hat. Auf den 6 Millionen Hektar sind ein paar tausend Betriebe mit einer Durchschnittsgröße zwischen 4000 und 5000 Hektar angesiedelt. (Wie soll hier eine neue bäuerliche Landwirtschaft entstehen? Anmerkung der Redaktion.)

· "Für das jahrzehnte alte Mediendilemma der Landwirtschaft kann ich mir nur eine Lösung vorstellen, daß man die rundfunkrechtliche Landschaft in Europa ändert und in einem gewaltigen Kraftakt für die europäische Landwirtschaft 200 bis 300 Millionen DM aufbringt, um sich eine eigene Fernseh- und Runfunkanstalt zu schaffen. Ich weiß, das ist ein Frage des Geldes, aber man könnte meinen, daß die Bevölkerungsgruppe, der der größte Teil des europäischen Bodens gehört, in der Lage sein sollte, diese Mittel aufzubringen."

#### Dr. Erwin Zankel:

"Ich glaube, es wird für die Landwirtschaft schwieriger, in den nächsten Jahren ihre Anliegen an die Gesellschaft, an die Medien heranzutragen. Für diese Behauptung möchte ich einige Begründungen anführen. Ich habe diese These aufgestellt, obwohl es in Österreich für die Landwirtschaft relativ leicht ist, in den Medien vorzukommen. Es wird in den nächsten Jahren wohl schwieriger für die Bauern, ihre Anliegen und Interessen - 35 in der Öffentlichkeit - an die Konsumenten heranzubringen.

- Zum einen nimmt die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen oder von der Landwirtschaft Lebenden ständig ab, und damit wird es für alle Verleger bzw. Besitzer von Fernsehstationen weniger interessant sein, diese kleine Bevölkerungsgruppe anzusprechen.
- · Zum zweiten ist Agrarpolitik eine sehr komplizierte Materie geworden. Ein Bei-

Sich mit den Marktordnungen zu beschäftigen, erfordert bereits ein Spezialwissen. Es ist Fachchinesisch, wenn man von Erstattungen oder Kontingenten, Ausgleichsbeträgen etc. berichtet. Ich glaube, das betrifft auch die Profis selbst. Sie erinnern sich, im Vorjahr hat es den Milchausschuß gegeben, der Abgeordnete Puntigam war in der Rolle des inoffiziellen Verteidigers. Mir ist eigentlich aufgefallen, daß das eine Revanche der Sozialisten für die Lucona-Sache war. Jedenfalls zeigte sich, daß selbst die Profis Schwierigkeiten hatten, sich verständlich zu machen.

Es war schließlich erstaunlich, daß es auf einmal gelungen ist, den Milchpreis für die Konsumenten zu senken und gleichzeitig den Bauern ein höheres Milchgeld zu zahlen. Das war ein Mirakel und es bedurfte eines großen Erklärungsaufwandes, das verständlich zu machen. Und da bin ich bei dem Thema, das bereits der Kollege Stutzer angesprochen hat, nämlich, warum es so schwierig ist oder immer schwieriger wird, bäuerliche Anliegen zu transportieren.

• Ein weiteres Dilemma: Wenn man sich nicht mehr auskennt, soll der Staat durch Preisgarantie, Investitionen, durch Mengenbeschränkungen, Einfuhrsperren etc. helfen. Das ist keine sehr sympathische Position, weil sie im Bereich der Industrie und des Gewerbes Feinde schafft ein Problem, das die Landwirtschaft auch auf dem Weg in die EG begleiten wird.

Meine Schlußfolgerung: Die Bauern sollen im Moment nicht über die Medienberichterstattung jammern, sie ist gut, sie ist zu gut in meinen Augen, fast zu romantisch."

#### Gernot Hollerer:

"Zum Thema "Landwirtschaft im Spiegel der Medien" habe ich mir folgendes überlegt:

Eine Berufsgruppe, die nur noch acht Prozent der Bevölkerung repräsentiert, kann sich bei uns einer hervorragenden medialen Berichterstattung erfreuen. Kollege Zankel hat es schon angeschnitten, daß es eine komplizierte Materie ist, für die es allerdings kein eigenes Ressort gibt. Bei keiner Zeitung, auch bei keinem elektronischen Medium, findet sich eine 36 Spezialredaktion "Landwirtschaft". Die Landwirtschaft ist meist ein Anhängsel des Wirtschaftsressorts, und die Wirtschaftsredakteure, die dort mit vielen anderen Dingen zu tun haben, beschäftigen sich halt auch mit Landwirtschaft. Etwas kommt noch hinzu, nämlich, daß die bäuerlichen Interessenvertretungen über große eigene Fachmedien verfügen. Diese werden von Landwirtschaftsexperten redigiert und hauptsächlich von den Bauern gelesen.

#### Zum Thema EG:

Ich glaube, daß wir in Österreich etwas zu sehr betonen, nämlich, daß die Landwirtschaft vor dem Zusammenbruch steht. Ich glaube, es ist notwendig, den Bauern Hoffnungen zu machen. Wenn man nur inehr vom Bauernsterben und den Gefahren, die mit der EG zusammenhängen, spricht, verunsichert man eine Berufsgruppe auch medial, und das sollte nicht unsere ursächliche Aufgabe sein. Vielmehr geht es darum, objektiv und kritisch zu berichten."

Es gab viele Wortmeldungen aus dem Publikum. Wir greifen hier nur einen Aspekt heraus, nämlich den der Frau in der Landwirtschaft. Starkes Echo löste die Wortmeldung von Karl Obenaus, Bauer in Graz-Andritz, aus:

"Ich möchte zu Herrn Hollerer Stellung



nehmen und Ihnen recht geben, wenn Sie sagen, daß wir wirtschaftlich gar nicht so schlecht dastehen. Aber man muß die Gesamtheit sehen. Es ist doch traurig, wenn allein im Bezirk Weiz an die 2.000 Bauern keine Frau mehr finden. Das ist ein gesellschaftliches Problem. Ich weiß nicht, ob Sie wußten, daß es in Bayern bereits mehr ledige Bauern gibt als Priester. Es ist dort egal, ob Du Bauer wirst oder Priester, den Zölibat hast Du sowieso."

#### Dr. Dietmar Stutzer:

Da hat der Herr Obenaus schon recht, es ist ein gesellschaftliches Problem. Fast alle Länder in Westeuropa sind davon betroffen. Zwei Ursachen fallen mir dazu ein: Der Bauer hat seinen "Heiratskreis" verloren, der sich früher meist über mehrere Gemeinden erstreckte. Dazu kommt, daß die junge Frauengeneration auf dem Lande heute zahlreiche Beruß- und damit Heiratsmöglichkeiten besitzt. Die jungen Bauern leben hingegen auf dem Hof und die "Kontaktbörse Beruf" samt Begegnungsmöglichkeiten (Bahn, Bus, Betrieb usw.) bietet weniger Chancen, sich kennen zu lernen."

#### **Gernot Hollerer:**

"Ich möchte mit einem Aspekt ergänzen. Wer öfter auf einem Bauernhof ist und dort die Arbeit einer Bäuerin beobachtet, der weiß, daß ihre Arbeit schwer ist. Die Nebenerwerbsbäuerin hat die ganze Arbeit am Bauernhof zu verrichten, wenn ihr Mann beruflich irgendwo anders tätig ist. Ich kann mir schon vorstellen, daß es schwierig ist, junge Frauen dafür zu begeistern."

Die gesamte Debatte war von hohem Niveau und von gegenseitigem Verständnis

Im vollen Saal des Krainer-Hauses gab es zahlreiche Wortmeldungen zum Verhältnis Landwirtschaft — Medien. Karl Obenaus verwies auf die traurige Tatsache, daß viele Bauern nur schwer eine Frau finden.

Liesl Leitner präsentierte folgenden Lösungsvorschlag: "Der Jungbauer möge doch in seiner zukünftigen Frau eine gleichwertige Partnerin und nicht eine bloße Arbeitskraft für seinen Hof sehen."



geprägt. Wahrscheinlich sollte es öfter zu solchen Gesprächen kommen. In dieser Richtung ging auch die Anregung, man möge Journalisten — trotz ihrer Zeitnot — immer wieder zu Exkursionen bzw. Besichtigungen einladen, damit sie sich aus erster Hand auch auf Bauernhöfen informieren.

# **GUTE IDEEN FÜR UNSER LAND**



Bei der Verleihung des Preises der Landakademie'90 (von links nach rechts): Direktor Dr. Alois Puntigam, Mag. Maria Leßlhumer, Präsident Erich Pöltl und die Preisträger; Ing. Franz Großschädl, Mag. DI. Anton Albrecher, Direktor DI Erich Kormann sowie Organisator DI Sepp Winter.

u einem Höhepunkt besonderer Art wurde die Preisverleihung des ersten Ideenwettbewerbes, der 1990

aus den Agrarpolitischen Tagen hervorgegangenen "Landakademie". Schon lange gab es die Überlegung, aus Anlaß der alliährlichen Denk-Werkstatt im Josef-Krainer-Haus eine Auszeichnung zu schaffen, die den Pioniergeist belohnt und in die Zukunft wirkt.

Die Ausschreibung bezog sich auf vier Schwerpunkte:

- Ökologie Ökonomie
  Gesundheit Soziales
- Kultur Bildung
- Kommunikation Begegnung

Einreichtermin war der 30. November 1990, über die Preisvergabe entscheidet jeweils eine vom Preisstifter, dem Steirischen Bauernbund, unabhängige Jury. Ihr gehörten u.a. Hofrat DI Gunther Hasewend (Raumplanungsabteilung des Landes Steiermark), Präsident DI Heiner Herzog, Bernadette Kochgruber-Rieberer (ländliches Fortbildungsinstitut - LFI), Mag. Maria Leßlhumer (Hauswirtschaftsabteilung der Landwirtschafts-kammer) und Univ. Dozent Dr. August Raggam (Technische Universität Graz) an.

Unter dem Motto "Ideen - Projekte -Modelle" waren zehn Arbeiten zu beurteilen, die Bewertung erfolgte nach ihrer praktischen Umsetzbarkeit, bzw. nach

dem Stand der Realisierung, wie Mag. Maria Leßlhumer zur Einbegleitung des festlichen Aktes betonte. Um die Organi-





Univ.-Doz. Dr. Günther Burkert (Uni Graz) und Dr. Josef Riegler (Steiermärk. Landesarchiv) wirkten als wissenschaftliche Begleiter der Kultur- und Bildungsinitiative Schwarzautal.

sation kümmerte sich DI Sepp Winter. Bei der Jury-Sitzung am 17. Dezember 1990 zeigte sich, daß das Projekt "Ländlicher Raum woher — wohin?" von der Kultur- und Bildungsinitiative Schwarzautal und die Initiative "Mülltrennung -Biomüllkompostierung" der Fachschule und Marktgemeinde Stainz eine gleich hohe Bewertung erfuhren. Dementsprechend kam es zu einer ex-aequo-Preisverleihung, zu der man Ing. Franz Großschädl (Schwarzautal), sowie Direktor DI Erich Kormann und Prof. DI Mag. Anton Albrecher (Stainz) vor den Vorhang bat.

• Ländlicher Raum woher - wohin? Ausgangspunkt war eine Vorgabe des Ländlichen Fortbildungsinstituts. Nach

ersten Beratungen ging es darum, unter wissenschaftlicher Anleitung von Univ.-Dozent Dr. Günther Burkert und Dr. Josef 37 Riegler (Landesarchiv) die historische, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische wicklung im Schwarzautal aufzuarbeiten. Etwa 50 Aktivbürger aus sieben Gemeinden trugen das Projekt mit; die zusammenfassende Ausstellung über die Region erreichte mit etwa 2000 Gästen einen Rekordbesuch

An zehn Abenden stellten die Wissenschaftler eine Reihe von Zukunftsaspekten heraus. Schließlich kam es zur Gründung der Kultur- und Bildungsinitiative Schwarzautal und zur Umsetzung mehrerer Vorhaben.

Der derzeitige Stand: In St. Nikolai gibt es nun eine Orts-Chronik, in Breitenfeld erstrahlt die Dorfkapelle in neuem Glanz, Mitterlabill besitzt eine Ökowiese mit Lehrpfad, in Schwarzau entsteht aus der renovierten alten Volksschule ein kleines Bildungszentrum. Dort sind auch Wohnungen vorgesehen.

Ing. Franz Großschädl hat das gesamte Unternehmen mit Rat und Tat begleitet.

• Pilotprojekt Mülltrennung - Biomüll - Kompostierung (eine Initiative der Fachschule Stainz und der Marktgemeinde Stainz).

Die Land- und Forstwirtschaftliche Fach-

Bei der Preisverleihung durch Präsident LAbg. Erich Pöltl und Bauernbunddirektor NAbg. Dr. Alois Puntigam bedankte sich Mag. Maria Leßlhumer auch bei jenen Teilnehmern des Wettbewerbes, die nicht in die engere Wahl kamen, jedoch wertvolle Ideen für die Weiterentwicklung im ländlichen Raum eingebracht haben.

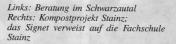
Diese sind:

- · Ferdinand Rieser jun. aus Katschwald bei Obdach: "Ich und Du sind wir" 38 Kontakte Einheimischer mit den Kindern von Touristen.
  - · Franz Rauchenberger, Herndlgasse 18, Ost-West-Begegnungszentrum, Aufbau von Auslandspartnerschaften.

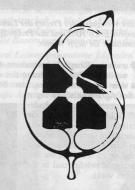
- · Veronika Grossinger, Mürzhofen: "Unser Biotop"
- · Klara Zechner, Kraubath: Kostengünstige Abwasseraufbereitung mittels Holzkohle
- · Rudolf Pump, Werndorf: Dokumentation von Möglichkeiten des Hanfanbaues
- · Anton Ofner, Zirknitz bei St. Stefan ob Stainz: Ideen zum bäuerlichen Familien-
- · Gertrude Schmid, Kohldorf, St. Marein bei Graz: Lösungsansätze zur Müllproblematik - umweltbewußtes Handeln im Einklang mit der Natur
- · Peter Spreitzer, Sonnberg, Stadl an der Mur: Förderung der Hauskrankenpflege

Der Ideenwettbewerb fand auch ein starkes Medienecho, nicht nur in den "Landwirtschaftlichen Mitteilungen" (OLWR DI Helmut Pieber) und im "Neuen Land" (Chefredakteur Fred Strohmeier), sondern auch in der "Kleinen Zeitung", in der "Neuen Zeit" und im "Kurier"

Der Wettbewerb hat einmal mehr bewiesen: im ländlichen Raum gibt es ein beachtliches schöpferisches Potential und gute Ideen untermauern die vom Steirischen Bauernbund oft getroffene Feststellung "Land hat Zukunft".





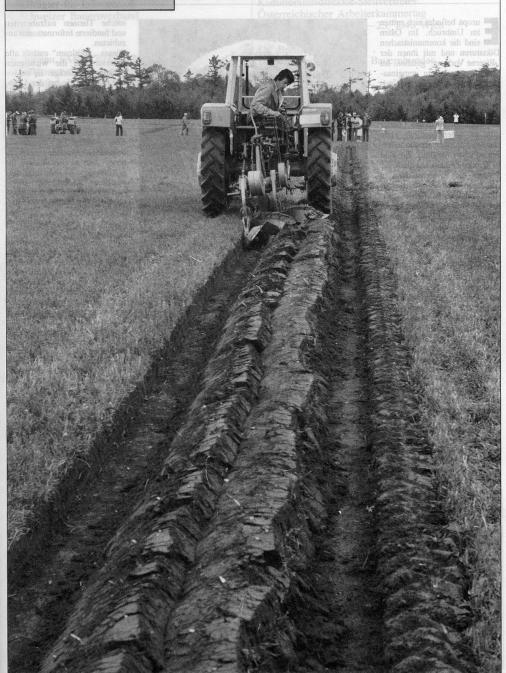






# **NEULAND**

Vorwahlen für die steirische Landwirtschaftskammerwahl 1991: Neue Furchen auf dem politischen Feld.



20

# DIE TÜREN AUFSTOSSEN

uropa befindet sich mitten im Umbruch. Im Osten sind die kommunistischen Diktaturen und mit ihnen der "Eiserne Vorhang" gefallen. Im Westen entsteht ein gemeinsamer Binnenmarkt, der mit seinen mehr als 320 Millionen Menschen der größte der Welt sein wird.

In jedem der einzelnen Länder gibt es unterschiedlich viele Bauern mit einer ebenso unterschiedlichen Struktur. So sind in Großbritannien lediglich 2,1 Prozent der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft (durchschnittliche Betriebsgröße 69,3 Hektar), während es in einem anderen EG-Land, nämlich Griechenland, immerhin noch 27 Prozent sind, von denen jeder im Schnitt 5,7 Hektar bearbeitet.

Österreich hat am 17. Juli 1989 seinen Beitrittswunsch in Brüssel deponiert und damit im Wartezimmer der Europäischen Gemeinschaft Platz genommen. Die Schweiz, die sich bisher nicht einmal zu einer UN-Mitgliedschaft hat durchringen 40 können, liebäugelt — wie man hört, in letzter Zeit sogar mehrheitlich — mit einem EG-Beitritt, wobei sich jedoch inner-

halb der Bauernschaft sowohl dort als auch bei uns die EG-Begeisterung deutlich in Grenzen hält.

Es war daher naheliegend, daß die "Landakademie" als Zukunftswerkstatt des Bauernbundes und Forum für Grundsatzfragen das Thema, wer Europas Bauern vertritt, aufgegriffen und international anerkannte Referenten ins Josef-Krainer-Haus geholt hat.

#### Ins schiefe Licht geraten

Das war zwar der Haupt-, aber keinesfalls der einzige Grund, warum wir es genau wissen wollten, wie in anderen Ländern die bäuerliche Interessenvertretung funktioniert. Die mehr als unappetitlichen Ereignisse in und rund um die Steirische Arbeiterkammer haben letztlich alle Kammern in ein mehr oder weniger schiefes Licht gebracht.

Die Steirische Bauernkammer, die im März ihre Vertretungskörper neu zu wählen hat, hat darauf prompt reagiert. Sie macht eine Urabstimmung unter ihren Mitgliedern. Kammerchef Erich Pöltl möchte, wie er selbst sagt, nicht Präsident einer Kammer sein, die von den Mit-



gliedern nicht oder nur von einer Minderheit davon gewollt wird. Daher diese Urabstimmung, von der andere nur reden, die wir aber machen.

#### Von Vorwahlen nicht nur reden

Der Steirische Bauernbund begnügt sich aber nicht mit dieser Urabstimmung, sondern hat in seinem Bereich ein Vorwahlmodell eingeführt, bei dem jeder und jede Kammerwahlberechtigte mitreden und mitentscheiden konnte. In einem offenen Vorwahlverfahren des Bauernbundes konnte jeder seinen Kandidaten bzw. seine Kandidatin vorschlagen. Wer bereit gewesen ist, sich dann in kleinen überschaubaren Sprengeln, wo jeder jeden kennt, einer geheimen Vorwahl zu stellen und vorne mit dabei gewesen ist, der hatte auf der Kandidatenliste einen sicheren Platz.

#### Blick über den Tellerrand

Wer sich ein Urteil darüber bilden will, was er an seiner Berufsvertretung hat, muß wissen, wie's anderswo ist. Die "Landakademie" ist das ideale Forum, solche Themen aufzubereiten und fundierte Informationen anzubieten.

Dieses "politicum" enthält alle Referate und die wichtigsten Diskussionsbeiträge. Es ist somit für alle, die bei der Urabstimmung mehr tun wollen als irgendwo ein Kreuzerl hinzusetzen, ein Ratgeber und Nachschlagewerk zugleich. Ein Diplomat, der 32 Jahre in Brüssel tätig gewesen ist, meinte am Schluß der Akademie anerkennend: "Wer an diesen zwei Tagen intensiv zugehört und mitgearbeitet hat, weiß mehr als einer, der sich zehn Jahre in Brüssel durch die Bürokratie quält."

#### Offen sein fürs Neue

Mit dieser "Landakademie" und dem Thema, wer Europas Bauern vertritt, hat der Bauernbund seine Tradition, für jeden und alles offen zu sein, erfolgreich fortgesetzt. Der bequemere Weg wäre möglicherweise der andere, nur führt dieser schnurstracks dorthin, wo nicht ein lebendiges Miteinander zum Motor wird, sondern das passive Neben- und Gegeneinander alles Neue im Keim erstickt. In einer Zeit, in der modernste Kriegstechnik und nicht das

Menschenleben die mediale Berichterstattung beherrschen und in der im Osten kaum gewonnene Freiheiten wieder verloren zu gehen drohen, ist jedes noch so kleine Zeichen in Richtung von mehr Demokratie ein Signal. Der überwältigende Besuch dieser "Landakademie" war ein Beweis dafür, daß nicht nur immer mehr Menschen bereit sind, solche Signale anzunehmen, sondern in der Folge auch selbst solche zu setzen.

Die so oft zitierte und strapazierte Politikverdrossenheit ist keine allgemeine Erscheinung, sondern entpuppt sich beim näheren Hinschauen als Kritik bzw. Ablehnung von bestimmten Personen und Institutionen. Ein bewährtes Mittel dagegen lautet: Aufmachen und offen bleiben. Das will der Bauernbund und er hat mit der "Landakademie '91" einen weiteren Schritt in diese Richtung gesetzt.

Bauernbunddirektor NRAbg. Dr. Alois Puntigam kümmert sich seit Jahren mit großem Erfolg um neue Perspektiven für den ländlichen Raum.

# **AUTOREN DIESER NUMMER**

Lorenz BÖSCH Beauftragter für Information im Schweizer Bauernverband Brugg

Dr. Johann FARNLEITNER Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft Wirtschaftspolitische Abteilung Wiedner Hauptstraße 63, 1140 Wien

Dipl.-Ing. Dr. Franz FISCHLER Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Stubenring 1, 1010 Wien

Cornelius FLORIS Sekretär der Landbauernschaft Gravenshage, Niederlande

Gernot HOLLERER ORF-Landesstudio Steiermark Marburger Straße 20, 8010 Graz

Dr. Josef KRAINER Landeshauptmann der Steiermark Amt der Stmk. Landesregierung Hofgasse 15, 8011 Graz

Dr. Sixtus LANNER Präsident der Agrarkommission des Europarates Wildschönau, Tirol

Prof. Max. MAYR Chef vom Dienst, Kleine Zeitung Schönaugasse 64, 8010 Graz

Alois Puntigam: "Offen sein fürs Neue."



Mag. Werner MUHM Kammeramtsdirektor-Stellvertreter Österreichischer Arbeiterkammertag Prinz-Eugen-Straße 20 — 23, 1040 Wien

Dr. Berthold POHL Direktor des Südtiroler Bauernbundes Bozen

LAbg. Erich PÖLTL Landesobmann des Steirischen Bauernbundes Präsident der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark Hamerlinggasse 3, 8010 Graz

Dr. Alois PUNTIGAM Abgeordneter zum Nationalrat Direktor des Steirischen Bauernbundes Reitschulgasse 3, 8010 Graz

Dipl.-Ing. Rudolf STRASSER Generalsekretär-Stellvertreter der Präsidentenkonferenz Löwelstraße 12, 1014 Wien

Dr. Dietmar STUTZER Journalist und Korrespondent Brüssel

Dr. Erwin ZANKEL Redakteur der Kleinen Zeitung Schönaugasse 64, 8010 Graz

Mag. Heinz ZOUREK Österreichischer Gewerkschaftsbund Hohenstaufengasse 11 – 12, 1010 Wien

Prof. Max ZUREK Leiter des Referates für Grundsatzfragen im Deutschen Bauernverband Bonn

Redaktion und Gestaltung: Mag. Eleonore Hierzer Dr. Claudia Prettenthaler

Fotos: Ulrich Ahamer, Stefan Amsüss, A. M. Begsteiger, Angelika Gradwohl, Christian Jungwirth, Christoph Lammer, Peter Philipp, Fred Strohmeier, Harry Stuhlhofer, Sepp Winter, Helmut Utri.

Graphiken: Profil, Munzinger Archiv